

FOKUS

Das Magazin der Industrie- und Handelskammer Thurgau



Genug und sichere Energie ist für die Wirtschaft entscheidend

Die Schweiz muss die Stromproduktion ausbauen und den Markt reformieren

Platz für morgen Wie die Ostschweiz den Bedarf an Wohnraum meistern könnte

Finanzpolitik in Frauenfeld Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach bei der IHK

Trotz Gegenwind Die Unternehmen in der Region sind optimistischer

26

POLITIK

34

EVENT

38

WIRTSCHAFT



FOKUS AUF MEINEN BETRIEB.

MEHR ALS EINE BANK.

Meine Beraterin bei der TKB hat mich seit der Gründung unkompliziert unterstützt – und mir Türen zu regionalen Netzwerken aufgestossen.

tkb.ch/firmen

EDITORIAL

Die Zukunft duldet keinen Stillstand

Geschätzte Leserinnen und Leser,
geschätzte Mitglieder der IHK Thurgau

Die Schweiz steht nicht still. Sie wächst, sie altert, sie elektrifiziert sich. Menschen kommen, Unternehmen entwickeln sich, der Strombedarf steigt, Wohnraum wird knapper, Strassen und Schienen stossen an Grenzen. Stillstand ist in einer solchen Welt keine Option.

Und doch leisten wir ihn uns erstaunlich oft.

Wir diskutieren über die Energieversorgung von morgen, während Planung und Bau wichtiger Infrastruktur Jahre dauern. Wir wollen mehr Strom produzieren, leistungsfähige Netze und Versorgungssicherheit – tun uns aber schwer mit den notwendigen Entscheiden. Die Schweiz ist technisch längst Teil des europäischen Stromsystems. Eine verlässliche Einbindung stärkt Versorgungssicherheit und Wettbewerb. Für die Ostschweiz ist das keine abstrakte Debatte. Eine sichere und wettbewerbsfähige Stromversorgung gehört zur Grundausstattung eines starken Industriestandorts. Zusätzliche Produktion allein reicht nicht. Netze, Speicher, flexible Verbraucher, Markt und Versorgungsunternehmen müssen zusammenspielen. Auch historisch gewachsene Strukturen müssen sich weiterentwickeln, wenn Kooperationen mehr Leistungsfähigkeit schaffen.

Dieser Mut zur Veränderung ist auch andernorts gefragt.

Die Zuwanderung hat wesentlich zum Wohlstand der Schweiz beigetragen und wird angesichts der demografischen Entwicklung für unseren Arbeitsmarkt wichtig bleiben. Gleichzeitig sind ihre Auswirkungen auf Wohnraum, Verkehr und öffentliche Infrastruktur spürbar. Die Schweiz braucht deshalb Lösungen, die Offenheit und Steuerung miteinander verbinden. Dazu gehören ein tragfähiges Verhältnis mit der EU und gezielte Instrumente bei übermässigen Belastungen.

Gleichzeitig müssen wir besser nutzen, was bereits da ist. Wenn ältere Menschen länger arbeiten möchten, sollte sich das lohnen. Wenn Mütter ihr Pensum erhöhen möchten, dürfen fehlende oder zu teure Betreuungsmöglichkeiten kein Hindernis sein. Digitalisierung und künstliche Intelligenz können Produktivität freisetzen. Wer weniger Zuwanderung fordert, muss deshalb auch bereit sein, die Voraussetzungen

für eine bessere Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials zu schaffen.

Eine weitere Zukunftsfrage entscheidet sich buchstäblich vor unserer Haustür. Unser Umgang mit dem knappen Raum verlangt klare Prioritäten. Wir wollen Wohnraum schaffen und Kulturland erhalten, verdichten und gleichzeitig unsere Ortsbilder bewahren. Gerade die Ostschweiz kann Wachstum stärker dorthin lenken, wo die Infrastruktur bereits vorhanden ist. Gut erschlossene Entwicklungsschwerpunkte und schnellere Verfahren können dafür sorgen, dass aus Plänen Gebäude werden.

Damit schliesst sich der Kreis zum Verkehr. Mobilität lässt sich ebenso wenig wegdiskutieren wie der steigende Strombedarf. Wenn Bevölkerung und Wirtschaft wachsen, müssen die Voraussetzungen mitwachsen. Engpässe auf Strasse und Schiene verschwinden nicht, wenn Entscheide vertagt werden. Wer Investitionen aufschiebt, gewinnt keine Zeit. Er riskiert vielmehr, im Standortwettbewerb Zeit zu verlieren.

Vielleicht liegt darin eine unserer wichtigsten Aufgaben für die kommenden Jahre. Wir müssen wieder stärker zwischen Bewahren und Blockieren unterscheiden. Nicht alles, was besteht, muss verändert werden. Aber nicht alles, was vertraut ist, verdient Bestandsschutz.

Unser Wohlstand ist nicht entstanden, weil wir Veränderungen verhindert haben. Sondern weil es uns immer wieder gelungen ist, sie zu unseren Gunsten zu gestalten. Diese Beweglichkeit werden wir auch in Zukunft brauchen.

Bis bald bei der IHK

Jérôme Müggler

Direktor IHK Thurgau

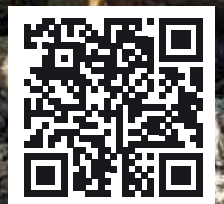




Zentrum für berufliche
Weiterbildung

BILDUNG

PRÄGT
FREUNDSCHAFTEN



LERNEN. VERSTEHEN. UMSETZEN.

zbw.ch



PUBLI-REPORTAGE

Schmid und Mawera formen europäischen Marktleader

Die Schmid AG energy solutions aus Eschlikon und die Mawera GmbH aus Hard schliessen sich zusammen. Mit der neuen Schmid Mawera Group entsteht der europäische Marktführer für innovative und nachhaltige Lösungen im Bereich der Energieerzeugung aus Biomasse im mittleren Leistungssegment.

Schmid Mawera AG
Hörnlistrasse 12
CH-8360 Eschlikon
+41 71 973 73 73
info@schmid-mawera.com
www.schmid-mawera.ch

SCHMID MAWERA
Energy Pioneers



Philipp Lüscher, Wolfgang Rohner, Diana Tagliaferro-Schmid, Christian Huber, Roland Schmid, Natalie Schmid und Stefan Gritsch. Es fehlt: Günther Lehner

Die Schmid AG energy solutions stellt die Weichen für ihre langfristige Zukunft. Nach rund 90 Jahren und drei Inhabergenerationen übergibt die Familie Schmid das Unternehmen an die Vorarlberger Unternehmer Wolfgang Rohner, Stefan Gritsch und Günther Lehner. Gleichzeitig wird Schmid mit der ebenfalls zur Unternehmensgruppe gehörenden Mawera GmbH zusammengeführt.

680 Mitarbeiter und 180 Millionen

Die neue Firmengruppe tritt künftig als «Schmid Mawera Group» auf und führt die bisherigen Geschäfte beider Unternehmen nahtlos weiter. Mit dem Zusammenschluss entsteht ein europäischer Marktführer für innovative und nachhaltige Lösungen zur Energieerzeugung aus Biomasse im mittleren Leistungssegment. Die Gruppe beschäftigt 680 Mitarbeiter und erzielt einen Umsatz von rund 180 Millionen Franken.

CEO der Schmid Mawera Group wird der bisherige Schmid-CEO Philipp Lüscher, CFO bleibt Christian Huber. Beide beteiligen sich finanziell an der neuen Gruppe. Weitere Managementpositionen werden mit bestehenden Führungskräften beider Unternehmen besetzt.

Position der Stärke

Die Hauptstandorte in Eschlikon und Hard sowie die bestehenden Tochtergesellschaften und Niederlassungen bleiben erhalten. Der Produktionsstandort von Schmid in Polen soll künftig das gesamte Produktportfolio der Gruppe fertigen und weiter ausgebaut werden. Auch die Beteiligung an der IS SaveEnergy AG wird als eigenständiges Unternehmen weitergeführt. Gemeinsam mit der APF Advanced Particle Filters GmbH sollen zusätzliche Synergien in der Abgasbehandlung genutzt werden.

Der Zusammenschluss erfolgt aus einer Position der Stärke. Schmid zählt insbesondere bei industriellen Biomasseanlagen zu den führenden europäischen Anbietern. Die neue Gruppe will ihre Marktpräsenz ausbauen, sich stärker als Systemintegrator für erneuerbare Energien positionieren und zusätzlich den Bereich industrieller Wärmepumpen entwickeln.

Stabile Nachfolgelösung

Für die Familie Schmid standen die nachhaltige Sicherung des Unternehmens und eine langfristig stabile Nachfolge im Vordergrund. Sie zieht sich im Frühjahr 2026 operativ zurück, bleibt dem Unternehmen und der Region aber verbunden.

«Für das grosse Engagement und die gemeinsame Zeit möchten wir uns aufrichtig und herzlich beim gesamten Schmid-Team sowie bei unseren Kunden und Geschäftspartnern bedanken und wünschen für die Zukunft alles Gute», sagen Natalie Schmid, Diana Tagliaferro und Roland Schmid.

SCHWER-
PUNKT

Strommarkt Ostschweiz: Versorgung sichern, Wett- bewerbsfähigkeit stärken

Bis 2050 muss die Schweiz 30 TWh zusätzlichen Strom bereitstellen – und gleichzeitig grosse Teile der heutigen Produktion ersetzen. Das löst bereits heute einen massiven Investitionsbedarf für Kraftwerke und Netze aus. Steigende Systemkosten drohen zu einem Wettbewerbsnachteil für Unternehmen und den Standort Schweiz zu werden. Die Schweiz muss deshalb rasch ausbauen und gleichzeitig den Strommarkt reformieren.

von Patrick Louis und Adrian Rossi / IHK St.Gallen-Appenzell

Infrastruktur muss gezielt ausgebaut und Flexibilität besser genutzt werden, um den Verbrauch an freie Netzkapazitäten anzupassen. Das Schweizer System ist zudem eng mit dem europäischen Stromsystem gekoppelt: Stromabkommen und Marktöffnung sollten deshalb als Chance genutzt werden. Neben besseren Marktbedingungen braucht es leistungsfähige Versorgungsstrukturen und eine professio-

nelle Eigentümerführung. Wo Energieversorger die erforderliche Leistungsfähigkeit nicht eigenständig erreichen, sind Kooperationen oder strukturelle Anpassungen nötig. Öffentliche Eigentümer müssen zudem genügend Kapital für Erneuerung und Ausbau im Unternehmen belassen und bei der Ertragsabschöpfung Mass halten.

Strom als Standortfaktor

Die Energiekrise 2022/23 in Europa und aktuelle geopolitische Verwerfungen machen deutlich: Ausreichend Energie zur richtigen Zeit und zu wettbewerbsfähigen Preisen ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Schweiz ist bei den fossilen Brennstoffen komplett von Importen abhängig. Beim Strom verfügt die Schweiz über eine zuverlässige und weitgehend CO₂-arme Stromversorgung, bleibt im Winter jedoch auf Importe angewiesen. Beides sind Tatsachen, die sich mittelfristig kaum verändern lassen – und Fragezeichen hinsichtlich der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit von Energie aufwerfen. Fest steht, dass mehr inländische Produktion notwendig werden wird: Bis 2050 müssen rund 30 TWh mehr Strom bereitstehen. Zum Vergleich: Zwischen 2000 und 2025 stieg die Produktion um nur etwa 2 TWh. Auch hinsichtlich der ökologischen Dimension der Energieversorgung stellen sich wesentliche Fragen: Die Schweiz soll bis 2050 das Netto-Null-Ziel erreichen, was einen fundamentalen Umbau des Energiesystems bedingt.

In der Diskussion stehen häufig die Energiequellen im Fokus: Während die Elektrifizierung an sich unbestritten ist, streitet die Politik über den Zubau erneuerbarer Energien und die Sinnhaftigkeit von Atomkraftwerken. Dabei geht oft vergessen, dass die Energiequellen

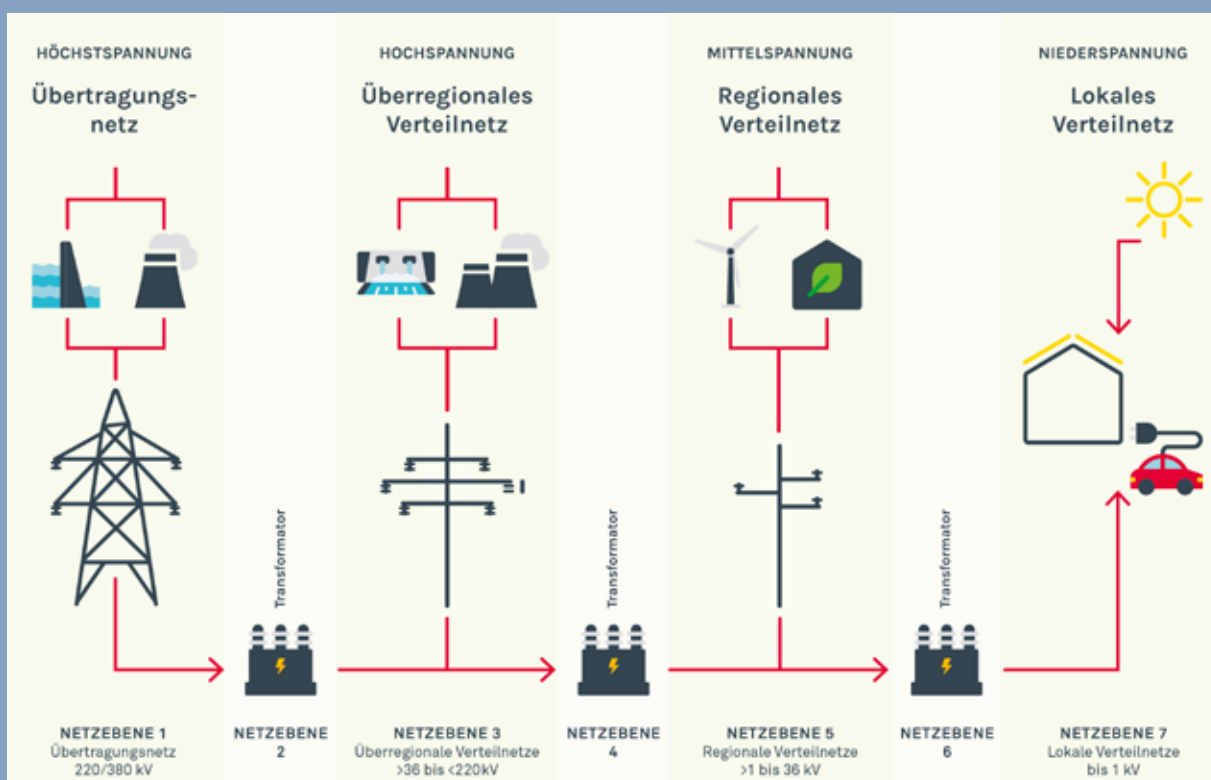
keine ausreichende Bedingung für eine funktionierende Stromversorgung darstellen. Genauso wichtig ist die zugrundeliegende Versorgungsinfrastruktur, die ebenfalls vor massiven Herausforderungen steht.

Bei grossen Netzprojekten vergehen von der Projektierung bis zur Inbetriebnahme häufig 15 Jahre. Produktionsanlagen, Netzverstärkungen und neue Marktprozesse, die der Wirtschaft in den 2040er-Jahren zur Verfügung stehen sollen, müssen deshalb bereits heute geplant und vorbereitet werden. Mit anderen Worten müssen heute die Weichen für die absehbare Zukunft des Schweizer Strommarkts gestellt werden.

Der Strommarkt heute: Zwischen Wettbewerb und Regulierung

Der Schweizer Strommarkt verbindet drei unterschiedliche Ordnungen: einen teilweise geöffneten Energiehandel, regulierte Netze und eine lokale Grundversorgung ohne Lieferantenwahl.

Strom wird produziert, über das Höchstspannungsnetz transportiert, in regionalen und lokalen Netzen verteilt und von Haushalten, Gewerbe und Industrie verbraucht. Kraftwerke, Händler und Lieferanten verkaufen Energie; Versorger und marktberechtigte Unternehmen sichern Mengen und Preise vertraglich ab.



Das physische Netz ist ein natürliches Monopol: Mehrere parallele Leitungen bis zu jedem Unternehmen und Haushalt wären volkswirtschaftlich unsinnig. Deshalb betreibt Swissgrid das nationale Übertragungsnetz; regionale und lokale Netzbetreiber verteilen den Strom zu den Endkunden. Auch ein Unternehmen am freien Markt nutzt weiterhin das lokale Netz und bezahlt regulierte Netzentgelte. Die Regulierung bestimmt, welche Kosten angerechnet werden dürfen, wie Investitionen finanziert werden und welche Tarife erhoben werden dürfen.

Was auf der Stromrechnung steht

Der Strompreis setzt sich aus dem Energiepreis, der Netznutzung, den Abgaben an das Gemeinwesen, dem Messwesen und dem Netzzuschlag zusammen. Nur der Energiepreis ist für marktberechtigte Kunden direkt verhandelbar. In der Grundversorgung wird der Energiepreis hingegen anhand der anrechenbaren Produktions- und Beschaffungskosten berechnet.

Die Netznutzung finanziert Betrieb, Unterhalt, Erneuerung und Ausbau der Netze. Seit 2026 werden die zuvor im Netznutzungstarif enthaltenen Kosten für Zähler und Messdaten separat ausgewiesen. Die Abgaben an das Gemeinwesen bestimmen die Gemeinden und Kantone; der Netzzuschlag wird politisch festgelegt. Hinzu kommen Systemkosten, etwa für die Stromreserve, die über die Nutzung des Übertragungsnetzes weitergegeben werden.

Sinkende Grosshandelspreise führen deshalb nicht zwingend zu einer tieferen Stromrechnung. Höhere Netz-, Mess- und Abgabekosten können tiefere Energiepreise überlagern – zumal diese Kosten mehr als die Hälfte des Strompreises ausmachen.

Gleicher Strom, unterschiedliche Preise

Regionale Tarifunterschiede ergeben sich vor allem aus Beschaffung, Eigenproduktion und Netzkosten. Versorger mit eigener Produktion sind anders exponiert als reine Verteilunternehmen. Wer Strom einkaufen muss, hängt stärker von Marktpreisen, dem Beschaffungszeitpunkt und den Vertragslaufzeiten ab. Preisbewegungen erreichen die Grundversorgung zeitverzögert und je nach Beschaffungsstrategie unterschiedlich stark.

Energiepreis

Beschaffung, Eigenproduktion, Marktpreise

Verhandelbar

Netznutzung

Betrieb, Unterhalt, Ausbau und Auslastung der Netze

Messwesen

Zähler, Daten, Abrechnung, Smart Meter

Abgaben an das Gemeinwesen

Kommunale und kantonale Abgaben

Reguliert oder politisch gesetzt

Netzzuschlag

Bundesrechtlich festgelegter Zuschlag zur Förderung erneuerbarer Energien

Hinzu kommen die Netzkosten. Sie hängen vom Zustand und von der Auslastung des lokalen Netzes sowie vom Investitionsbedarf ab. Bei einem Netz mit hohem Erneuerungsbedarf oder geringer Auslastung verteilen sich die Kosten auf eine kleinere Basis. Abgaben an das Gemeinwesen unterscheiden sich zusätzlich nach Gemeinde und Kanton. Für gebundene Kunden folgt daraus eine asymmetrische Situation: Beschaffungsstrategie und Netzinvestitionen des lokalen Versorgers prägen den Tarif, während sie weder den Lieferanten noch den Netzbetreiber wechseln können. Somit können Tarifunterschiede zwar durch reale Kosten begründet sein. Für gebundene Kunden bleibt jedoch unklar, welcher Anteil auf Standortbedingungen und welcher auf Organisation, Beschaffung oder geringe Skaleneffekte zurückgeht.

Der heutige Netztarif bildet hauptsächlich die anrechenbaren Jahreskosten ab. Wann ein Betrieb Leistung bezieht und ob dadurch eine lokale Spitze entsteht, schlägt sich bisher bloss vereinzelt im Preis nieder. Erst seit 2026 bestehen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Einführung von zeitvariablen und dynamischen Tarifen. Damit werden transparente Preissignale ermöglicht, um Ladevorgänge, Speicher oder flexible Industrieprozesse in Zeiten mit freien Netzkapazitäten zu verschieben.

Anforderungen an den Strommarkt 2040

Flexibilität wird zur eigenständigen Ressource.

Je häufiger Produktion und Verbrauch zeitlich auseinanderfallen, desto wertvoller wird Flexibilität. Sie wird neben Energie und Netzkapazität zu einer eigenständigen Ressource des Stromsystems. Speicher, steuerbarer Strombezug der Verbraucher und automatisierte Systeme können Lastspitzen senken, Überschüsse aufnehmen und den Strombedarf zeitlich verschieben.

Flexibilität muss sowohl den Energiepreis als auch die lokale Netzbelastung berücksichtigen. Ein tiefer Strompreis kann viele Verbraucher gleichzeitig zum Bezug veranlassen und dadurch einen lokalen Engpass verschärfen. Preis- und Netzsignale müssen deshalb aufeinander abgestimmt werden.

Vom Einbahnnetz zum aktiv geführten Verteilnetz

Die unteren Netzebenen waren lange auf die zentrale Speisung durch Wasser- und Kernkraft ausgelegt. Heute speisen tausende dezentrale Kleinst- bis Grossproduzenten Strom ein, während Wärmepumpen, Ladeinfrastruktur und elektrische Produktionsprozesse neue Lastspitzen schaffen. Es ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung anhält. Netzbetreiber müssen genauer erkennen, wann und wo Leistung bezogen oder eingespeist wird.

Daten machen Flexibilität nutzbar

In einem dezentralen System müssen Netzbetreiber erkennen, wann und wo Strom bezogen oder eingespeist wird. Für Anbieterwechsel, flexible Tarife und Energiedienstleistungen müssen Mess- und Stammdaten zuverlässig zwischen Netzbetreibern, Lieferanten und Kunden ausgetauscht werden können. Der Bund baut dafür die gesetzlich vorgesehene nationale Datenplattform auf. Sie soll den Datenaustausch bündeln und den Endkunden einen einheitlichen digitalen Zugang zu ihren Verbrauchs- und Einspeisedaten geben. Mit der Digitalisierung steigen die Sicherheitsanforderungen. Für kleinere EVU ist es anspruchsvoll, die dafür erforderlichen Fähigkeiten allein aufzubauen und dauerhaft auf dem erforderlichen Stand zu halten.



Wo der heutige Strommarkt an seine Grenzen stösst

Mehr Strom, neue Netze, höhere Anforderungen.

Unabhängig davon, woher die Schweizer Energie kommt, bestehen in Bezug auf die zukünftige Ausgestaltung der Versorgungslandschaft erhebliche Herausforderungen.

Die Energiewende erfordert eine erhebliche Transformation der Energienetze. Das Rückgrat dieser Netze stammt in der Schweiz noch aus der Zeit, als Atomkraft und Wasserkraft

dominierten. Die Netze haben in Bezug auf volatilere, dezentrale Energiequellen wie Solarstrom und Windkraft massgeblichen Aufholbedarf. Solar- und Windenergie verursachen hohe Investitionskosten, aber deutlich geringere laufende Produktionskosten. In Zeiten hoher erneuerbarer Produktion können die Strompreise sehr tief oder sogar negativ ausfallen. 2024 lagen die Schweizer Grosshandelspreise während insgesamt 173 Stunden deutlich unter null, Tendenz steigend.

Im Zuge der Elektrifizierung dürfte der Schweizer Stromverbrauch trotz höherer Effizienz langfristig deutlich stärker als bisher angenommen steigen. Die Energieperspektiven 2050+ des Bundes weisen im Netto-Null-Szenario einen Anstieg des Landesverbrauchs von rund 62 auf 76 TWh bis 2050 aus – also um etwa ein Viertel. Neuere Szenarien des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE gehen dagegen für 2050 von einem Gesamtverbrauch von rund 91 TWh aus. Dies entspricht einem Anstieg von etwa 50% gegenüber heute.





Gleichzeitig verändert sich die Produktion. Wasserkraft und Kernenergie tragen heute den grössten Teil der Schweizer Stromversorgung. Künftig wächst vor allem die Produktion aus Photovoltaik. Im Kanton St.Gallen kamen in den vergangenen Jahren jährlich mehr als 100 MW hinzu, der Thurgau hat seine Solarstromproduktion seit 2015 mehr als verdreifacht, und auch in Appenzell Ausserrhoden dominiert Photovoltaik den Zubau. Doch damit die erneuerbaren Energien ohne Wasserkraft von 8,3 TWh im Jahr 2024 die im Energiegesetz definierten 35 TWh bis 2035 erreichen, muss sich das bisherige Ausbautempo mehr als verdoppeln. Dabei ist Ausbau nicht gleich Ausbau: Solarstrom ist wetterabhängig, weshalb sich Angebot und Nachfrage nicht unbedingt überschneiden. Diese Divergenz zeigt sich insbesondere im Winter. Damit kommt der Speicherung für den Tag-Nacht- sowie den saisonalen Ausgleich und der flexibel steuerbaren Nachfrage eine zunehmend wichtige Rolle zu. Mit dem wachsenden Anteil wetterabhängiger Produktion gewinnt auch der räumliche Ausgleich an Bedeutung. Die Schweiz ist eng mit dem europäischen Stromsystem verbunden. Im kontinentalen Verbundnetz kann Strom grenzüberschreitend transportiert und können Lastschwankungen ausgeglichen werden. Je höher der Anteil wetterabhängiger Energien wird, desto wichtiger wird ein grosser geografischer Ausgleichsraum. Während in einer Region wenig Sonne oder Wind verfügbar ist, können andernorts Überschüsse bestehen. Die Verteilnetze stehen dabei unter Investitionsdruck. Ein grosser Teil der Investitionen wäre auch ohne Energiewende notwendig, weil Anlagen ihr technisches Lebensende

erreichen. Studien des Bundes gehen bis 2050 von Investitionen in die Schweizer Verteilnetze in einer Grössenordnung von mehreren Dutzend Milliarden Franken aus.

Für periurbane und ländliche Gebiete wie die Ostschweiz mit ihrer dezentralen Siedlungsstruktur und einer starken industriellen Basis ist dies besonders anspruchsvoll. Leitungen müssen grössere Distanzen erschliessen, und gleichzeitig befinden sich dort viele Einfamilienhäuser und Gewerbebauten mit geeigneten Dachflächen, Wärmepumpen und privaten Ladepunkten. Entsprechend verteilen sich höhere Investitionen auf weniger Anschlüsse.

Versorgungsstrukturen und Governance unter Druck

Geopolitische Verwerfungen, die grosse Verflechtung der Schweiz mit dem europäischen Stromnetz sowie die zunehmende Abhängigkeit der Schweiz von Importen im Winterhalbjahr erhöhen auch die Anforderungen an die Governance. Eine Untersuchung des Bundesamtes für Energie kommt zum Schluss, dass Schweizer Stromkunden 2024 für die Stabilisierung des Netzes im Durchschnitt mit rund sechsmal so hohen Preisen belastet wurden als Kunden in den Nachbarländern. Deutschland und Österreich weisen einen vergleichbaren oder höheren Anteil dezentraler Solaranlagen auf, benötigen aber wesentlich weniger der teuren Ausgleichsenergie. Als vollständig in den EU-Strombinnenmarkt integrierte Länder können Deutschland und Österreich kurzfristige Prognoseabweichungen besser grenzüberschreitend ausgleichen; der eingeschränkte Marktzugang der Schweiz erhöht dagegen Bedarf und Kosten für Regenergie. Die wachsende Komplexität allein erklärt das Schweizer Kostenniveau deshalb nicht; auch Prognosequalität, Prozesse und Marktorganisation spielen eine Rolle.

Gleichzeitig sind gerade in der Ostschweiz die Strukturen der Energieversorgung historisch gewachsen und sehr kleinräumig: Die Ostschweizer Kantone St.Gallen, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden und Thurgau weisen mit 3'327 bis 7'296 die niedrigste Zahl an Einwohnern pro Netzbetreiber auf. Im Kanton Thurgau bestehen sogar mehr Energieversorger als politische Gemeinden. Viele Werke wurden seit den 1990er-Jahren rechtlich verselbständigt, blieben aber überwiegend im Eigentum von Gemeinden und Kantonen. Die EVU unterscheiden sich stark



nach Grösse und Geschäftsmodell. Wenige betreiben die gesamte Wertschöpfungskette von der Produktion über Handel und Vertrieb bis zum Netzbetrieb. Viele kleinere Werke fokussieren sich auf das lokale Verteilnetz und kaufen den Strom bei Vorlieferanten oder am Markt ein. Ihre gebundene Kundschaft ist damit aufgrund der Beschaffungsentscheide des Versorgers indirekt den Marktpreisen ausgesetzt – ohne Möglichkeit zum Anbieterwechsel.

Ein mittlerer Schweizer Verteilnetzbetreiber versorgt weniger als 1'500 Endkunden. Beschaffung, Netzplanung, Messwesen, Cybersecurity, Abrechnung müssen dennoch in jedem Netzgebiet bewältigt und regulatorische Vorgaben eingehalten werden. Viele dieser Aufgaben verursachen fixe Kosten, die bei kleinen Einheiten auf wenige Anschlüsse verteilt werden. Die Kleinteiligkeit wird dort zur Belastung, wo zahlreiche Versorger dieselben Prozesse parallel bewältigen müssen.

Dazu kommt, dass viele kommunale Werke neben Stromnetzen auch Wasser-, Wärme- oder Glasfasernetze betreiben. Solche Querverbünde können gemeinsame Infrastruktur und Personal nutzen. Die Kostenrechnung muss jedoch ausweisen, welcher Bereich welche Kosten und Risiken trägt.

Auch öffentliche Eigentümer nehmen oftmals mehrere Rollen gleichzeitig wahr. Als Eigentümer bestimmen Gemeinden und Kantone die strategische Ausrichtung und verbinden damit

häufig finanzielle Erwartungen an das eingesetzte Kapital. Gleichzeitig können sie über Konzessionsabgaben und weitere Entgelte unmittelbar am EVU partizipieren. Die Grenze zwischen risikogerechter Verzinsung des eingesetzten Kapitals und fiskalischer Abschöpfung zugunsten der öffentlichen Haushalte wirkt dabei oftmals unscharf. Das zeigt exemplarisch die Eigentümerstrategie der SAK: Sie legt die Ausschüttung nicht als risikogerechte Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals fest, sondern in Höhe von 50 Prozent des jeweiligen Gewinns. Damit steigt die Ausschüttung mit dem Unternehmenserfolg – unabhängig davon, ob sich das von den Eigentümern eingesetzte Kapital oder dessen Risiko entsprechend verändert hat.

Angesichts des Erneuerungsdrucks sowie des notwendigen Zu- und Umbaus der Stromversorgung ist zu prüfen, ob die historisch gewachsenen Strukturen den künftigen Anforderungen noch gerecht werden und die Voraussetzungen für eine leistungsfähige, wettbewerbsfähige Stromversorgung schaffen.

Europäische Einbindung und Marktöffnung

Die Marktöffnung ist in der Schweiz bisher erst teilweise vollzogen: Seit 2009 können Grossverbraucher – Unternehmen mit einem jährlichen Verbrauch von 100 MWh und mehr – ihren Stromlieferanten frei wählen. Die



Schwelle zum Grossverbraucher erreicht weniger als ein Prozent aller Verbraucher; rund zwei Drittel der marktberechtigten Unternehmen haben den freien Marktzugang genutzt. Haushalte und die meisten KMU bleiben in der Grundversorgung.

Die Frage der Marktöffnung ist dabei eng mit der Einbindung der Schweiz in den europäischen Strommarkt verknüpft. Technisch ist sie Teil des europäischen Strommarkts, regulatorisch jedoch nicht vollständig eingebunden. Ohne Stromabkommen wird sie in europäischen Markt- und Netzprozessen als Drittstaat behandelt. Dies betrifft Grenzkapazitäten, Regenergie und die koordinierte Behebung von Netzengpässen.

Für die Wirtschaft geht es um mehr als die reine Verfügbarkeit von Importstrom. Fehlende Koordination erhöht den Aufwand für die Stabilisierung des Schweizer Netzes und begrenzt den grenzüberschreitenden Handel. Modellrechnungen des Bundes weisen bei einem Abkommen bis 2050 um bis zu 14 Prozent tiefere Strompreise und Handelsgewinne von über einer Milliarde Franken pro Jahr aus. Der Bund rechnet ohne Abkommen mit um rund 70 Prozent reduzierten Importkapazitäten und rund 60 Prozent reduzierten Exportkapazitäten.

Das im März 2026 unterzeichnete Stromabkommen mit der EU dient daher auch ganz direkt der Versorgungssicherheit. Die Ratifi-

zierung steht indes noch aus. Sie ist letztlich mit der Annahme der Bilateralen III als Ganzes verknüpft. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Schweiz bereits eng in den europäischen Strommarkt eingebunden ist und ohne Abkommen weiterhin von dessen Regeln und Entscheidungen betroffen wäre – allerdings mit weniger Rechtssicherheit und Mitsprache.

Die vollständige Marktöffnung ist eine wichtige Folge des Stromabkommens, denn damit erhalten auch Haushalte und KMU die freie Wahl ihres Energielieferanten, während das Netz ein reguliertes Monopol bleibt. Unterschiede bei Beschaffung, Datenprozessen, Abrechnung und Kosten werden dadurch transparenter und das Netz wird durch den Wettbewerbsdruck effizienter.

Drei Stossrichtungen für einen wettbewerbsfähigen Strommarkt

Die Schweizer Industrie ist auf international wettbewerbsfähige Strompreise angewiesen. In Anbetracht der strukturellen Ausgangslage am Strommarkt und der multiplen anstehenden Herausforderungen in der Energiewirtschaft stellt sich die Frage, ob und wie die Ostschweizer Versorgungsstruktur zukunftsfähig ist.

Aus Sicht der IHK St.Gallen-Appenzell und IHK Thurgau ergeben sich dabei drei Stossrichtungen: Flexibilität und vorhandene Netzkapazitäten besser nutzen, Wettbewerb und europäische Marktintegration verbinden sowie leistungsfähige Versorgungsstrukturen schaffen.

1. Flexibilität besser nutzen und Infrastruktur gezielt ausbauen

Entscheidend ist zunehmend, wann und wo Strom produziert und verbraucht wird. Lokale Lastspitzen können einen Netzausbau auslösen, obwohl während des grössten Teils des Jahres genügend Kapazität vorhanden ist. Die heutigen Netztarife bilden solche zeitlichen Unterschiede erst teilweise ab. Seit 2026 können Netzbetreiber zeitvariable oder dynamische Tarife einführen. Sie setzen Anreize, den Verbrauch in Stunden mit freien Netzkapazitäten zu verlagern. Nun müssen daraus praxistaugliche Angebote entstehen.

Ein Produktionsbetrieb kann seine Anwendungen so einsetzen, dass hohe Leistungsspitzen gar nicht erst entstehen. Wo dadurch bestehende Netzkapazitäten besser ausgelastet werden können und ein weiterer Netzausbau vermieden werden kann, soll sich dieser Beitrag auch finanziell auszahlen.

Zudem muss notwendige Infrastruktur rascher realisiert werden können. Netzprojekte benötigen heute häufig 15 Jahre oder mehr. Seit 2026 gelten erste Vereinfachungen bei Planung, Bewilligung und Rechtsmitteln. Eine insgesamt kürzere Projektdauer bei Netzvorhaben ist eine zwingende Voraussetzung, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen.



Für Ihren Gewerbebetrieb

- Solaranlagen
- Batteriespeicher
- Ladestationen



Im Alexander 4
8500 Frauenfeld



052 511 83 90
rg-energietechnik.ch

ews

CO₂ READY

Die Schweiz hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu sein. Für ungefähr 40% der CO₂-Emissionen ist der Gebäudebereich verantwortlich – ein grosser Anteil und eine enorme Chance zur Reduktion. Deshalb fokussiert sich ews mit umfassenden Dienstleistungen auf intelligente und klimaneutrale Gebäude.

Unsere gesamtheitlichen Lösungen

Unsere massgeschneiderten Dienstleistungen bieten klimafreundliche Lösungen für Einzelimmobilien, Überbauungen, Areale und ganze Quartiere.



Photovoltaik- und
Speicherlösungen



Elektromobilität



Zusammenschluss z.
Eigenverbrauch



Gebäude-
automation



Lokale Elektrizitäts-
gemeinschaften (LEG)



Elektro-
installationen



Interessiert?
Jetzt mehr erfahren!

EW Sirmach AG, Mattenrainstrasse 9, 8370 Sirmach
T 071 969 44 88, info@ewsirmach.ch, ewsirmach.ch
Filiale Bettwiesen: T 071 911 09 43

Mit ews wird Ihr Gebäude ready für die Zukunft.

2. Stromabkommen und Marktöffnung als Chance nutzen

Die Schweiz ist physisch Teil des europäischen Stromsystems, bisher aber nicht rechtlich darin eingebunden. Das Stromabkommen sichert die Nutzung der Grenzkapazitäten, integriert Swissgrid stärker in die europäischen Netzprozesse und vereinfacht den grenzüberschreitenden Stromhandel. Für ein kleines, im Winter auf Importe angewiesenes Land ist diese Einbindung ein wesentlicher Bestandteil der Versorgungssicherheit.

Die europäische Integration sichert den Zugang zum grösseren Stromsystem; die Marktöffnung schafft im Inland die Voraussetzung, den Wettbewerb bei Preisen, Vertragsgestaltung und Dienstleistungen zu stärken. Unternehmen können ihre Strombeschaffung dadurch stärker am eigenen Verbrauch ausrichten. Beispielsweise kann ein Betrieb mit gleichmässigem Grundbedarf einen Teil seines Stroms langfristig zu festen Konditionen absichern.

Das physische, regulierte Netz muss allen Stromlieferanten zu gleichen Bedingungen offenstehen. Lieferantenwechsel,

Messdaten und Abrechnung sind deshalb nach einheitlichen Regeln abzuwickeln. Auch wenn Netzbetrieb und Energielieferung im selben Unternehmen angesiedelt sind, müssen für den eigenen Vertrieb und externe Anbieter dieselben Bedingungen gelten.

3. Leistungsfähige Versorgungsstrukturen und professionelle Eigentümerführung

Viele kleinere Werke betreiben lokale Verteilnetze mit wenigen Endkunden. Beschaffung, Messwesen, Abrechnung, Cybersecurity, Datenaustausch und regulatorische Vorgaben müssen dennoch überall zuverlässig erfüllt werden. Diese Aufgaben verursachen Fixkosten und benötigen spezialisierte Kompetenzen – unabhängig von der Zahl der angeschlossenen Kunden.

Die Zahl der Versorger ist nicht für sich allein das Problem. Massgeblich ist, ob ein EVU seine Aufgaben zuverlässig, in der erforderlichen Qualität und zu wettbewerbsfähigen Kosten erfüllt. Dafür braucht es nachvollziehbare Vergleiche zwischen Versorgern mit ähnlichen Ausgangsbedingungen. Sie zeigen, wo ein EVU gut aufgestellt ist und wo Kooperationen oder strukturelle Anpassungen wirtschaftlich sinnvoll sind.

Daraus ergibt sich ein dreistufiger Entwicklungspfad:

Erfüllen: Ein EVU bewältigt seine Aufgaben eigenständig, effizient und in der erforderlichen Qualität.

Kooperieren: Aufgaben mit hohen Fixkosten oder spezialisierten Anforderungen werden gemeinsam organisiert. Dafür eignen sich insbesondere Beschaffung, Messwesen, Abrechnung, Datenaustausch, Cybersecurity und regulatorische Arbeiten. Der lokale Netzbetrieb und der Kontakt zu Gemeinden und Unternehmen können vor Ort bleiben.

Konsolidieren: Reichen Kooperationen nicht aus und bleiben die Leistungen hinter jenen vergleichbarer Versorger zurück oder liegen die Kosten dauerhaft höher, sind Beteiligungen, Zusammenschlüsse oder die Übertragung einzelner Aufgaben zu prüfen.



TRAU, SCHAU WEM

www.treuhandsuisse.ch

«UNSERE MITGLIEDER
SIND ZERTIFIZIERTE
KMU-EXPERTEN.»

TREUHAND | SUISSE

Schweizerischer Treuhänderverband



Die öffentlichen Eigentümer setzen dafür den strategischen Rahmen. Gemeinden und Kantone sollen Versorgungsauftrag, Investitionshorizont, finanzielle Erwartungen und mögliche Kooperationen festlegen. Innerhalb dieses Rahmens benötigt das EVU unternehmerischen Handlungsspielraum.

Kapitalverzinsung, Dividendenausschüttungen und weitere Entgelte an die Eigentümer müssen in einem angemessenen Verhältnis zu Risiko und Investitionsbedarf stehen. Öffentliche Eigentümer dürfen ihre EVU nicht als fiskalische Einnahmequelle behandeln und damit notwendige Investitionen in Netze und Versorgung beeinträchtigen. Bei Querverbünden müssen die Kosten von Strom, Wasser, Wärme und Glasfaser nachvollziehbar getrennt werden. Gemeinsame Infrastruktur kann Skaleneffekte schaffen; Verluste und Risiken anderer Geschäftsfelder gehören jedoch nicht auf die Stromrechnung.

Versorgungssicherheit und industrielle Wettbewerbsfähigkeit

Die Herausforderung der Stromversorgung liegt nicht allein in der Produktion zusätzlicher Energie. Es kommt ebenso darauf an, wie gut Produktion, Netze, Verbrauch, Markt und Versorgungsstrukturen zusammenspielen.

An dieser Stelle entsteht in der Ostschweiz Handlungsdruck. Strom wird zunehmend dezentral und wetterabhängig produziert, Verbrauch und Einspeisung schwanken stärker und die Anforderungen an Netze, Daten und Steuerung steigen. Gleichzeitig ist die Schweiz technisch eng mit Europa verbunden, regulatorisch aber nur teilweise integriert. Diese neuen Anforderungen treffen auf historisch gewachsene, kleinteilige Versorgungsstrukturen.

Damit wird die Organisation des Stromsystems selbst zum Standortfaktor. Die Strompreise hängen massgeblich davon ab, wie effizient Netze genutzt, Märkte organisiert und Versorger geführt werden. Für die Ostschweiz geht es deshalb darum, die Energiewende so zu gestalten, dass Versorgungssicherheit und industrielle Wettbewerbsfähigkeit zusammen bestehen können.

Dieser Text entstand im Rahmen einer Begleitpublikation der EcoOst Arena – ein gemeinsames Anlass-Format der IHK Thurgau und der IHK St.Gallen-Appenzell.

Die EcoOst Arena 2026 rückt die Zukunft der Stromversorgung in der Ostschweiz ins Zentrum. Rund 160 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft diskutierten in Romanshorn über den Strommarkt 2040, Versorgungssicherheit und steigenden Investitionsbedarf.



WIR GESTALTEN IHRE RÄUME:

- Besprechung
- Empfang
- Arbeitsplätze

Zurbuchen AG Amlikon

Fabrikstrasse 2 | 8514 Amlikon-Bissegg
www.zurbuchen.com

PUBLI-REPORTAGE

Energieverbrauch im Visier der KI

Die EKT Energiestiftung unterstützt ein neues intelligentes Energiemanagementsystem von Rey Technology. Dazu sucht sie fünf Thurgauer Unternehmen, welche das System in einer Pilotphase einsetzen. Sie profitieren dabei von Förderung und von der Reduktion ihrer Energiekosten.

EKT Energiestiftung
Winterthurerstrasse 3
8370 Sirnach
stiftung@ekt-energiestiftung.ch
www.ekt-energiestiftung.ch



Energie dann nutzen, wenn sie günstig verfügbar ist: hier setzt das intelligente Energiemanagementsystem (EMS) von Rey Technology aus Sirnach an, das auf der Software der Firma iDIP basiert. Es verbindet Verbrauchsdaten mit Solarstrom, Wetterprognosen und dynamischen Stromtarifen. Ein KI-basierter Energieagent analysiert die Daten, macht konkrete Vorschläge und hilft, Anlagen automatisiert zu steuern. Das Ziel: Energiekosten senken, Lastspitzen vermeiden und möglichst viel selbst produzierten Strom im eigenen Betrieb nutzen.

Vom Pilotprojekt in die Praxis

Die EKT Energiestiftung fördert, insbesondere im Kanton Thurgau, innovative Projekte, die zu einer nachhaltigen Energiezukunft beitragen. Das EMS erfüllt dieses Kriterium vorbildhaft und bietet grosses Potenzial zur schweizweiten Skalierung. Es kann ausserdem den Innovationsstandort Thurgau stärken und die Energiewende in Unternehmen voranbringen.

Deshalb unterstützt die EKT Energiestiftung in einer Pilotphase fünf ausgewählte Thurgauer Firmen finanziell bei der Einführung des EMS und übernimmt bis zu 50 Prozent der Gesamtkosten.

Die Pilotphase hat zum Ziel, die tatsächlichen Einsparungen durch das EMS im Alltag sichtbar zu machen.

Gesucht sind nun Unternehmen unterschiedlicher Grösse mit Standort im Thurgau, die bereits über eine Photovoltaikanlage verfügen oder zum Projektstart eine installieren. Ausserdem müssen sie sich unter anderem bereit erklären, das EMS nach Abschluss des Projekts mindestens ein weiteres Jahr zu nutzen.

**INTERESSIERTE FIRMEN
KÖNNEN SICH MELDEN BEI:**

Michael Rey
CEO Rey Technology A
michael.rey@rey-technology.com

**Bewerbungen sind einzureichen
bis 31. Oktober 2026**

Lukas Naef, CEO
des Unternehmens
iDIP, auf dessen
Software die Rey
Technology basiert.



POLITIK

Das Arbeitskräftepotenzial liegt auch vor der Haustür

Massnahmen, die darauf abzielen, die Produktivität im Inland zu erhöhen und das inländische Arbeitspotenzial besser auszuschöpfen, können einen dämpfenden Effekt auf die notwendige Zuwanderung haben. Vorschläge für entsprechende Massnahmen liegen zwar auf dem Tisch, deren konsequente Umsetzung scheitert aber am fehlenden politischen Konsens.

von Pascale Ineichen



Die Zuwanderung hat der Schweiz seit Jahrzehnten Wohlstand gebracht und Lücken geschlossen, die der einheimische Arbeitsmarkt allein nicht füllen konnte. Doch dieses Erfolgsmodell gerät zunehmend unter Druck: Wachsende Teile der Bevölkerung stehen der Zuwanderung kritisch gegenüber, was nach einer Antwort verlangt, die über eine reflexartige Abwehr hinausgeht.

Wesentlicher Treiber Zuwanderung ist die demografische Alterung: In den kommenden Jahren gehen deutlich mehr Menschen in Pension, als junge Arbeitskräfte nachrücken.

Eine im Auftrag des Seco durchgeführte Unternehmensbefragung zeigt, dass zwei Drittel der Unternehmen Schwierigkeiten haben, Personal zu rekrutieren oder zu halten. Mit dem Bericht «Ursachen und Auswirkungen von Arbeitskräftemangel» vom April 2026 legt der Bundesrat eine ausführliche Analyse zum Thema vor.

Die Schweiz gehört mit einer Erwerbsquote von 84 Prozent im internationalen Vergleich

zwar bereits zu den Ländern mit einer sehr hohen Erwerbsbeteiligung. Durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und Beseitigung von Fehlanreizen lässt sich diese Quote aber noch verbessern. Economiesuisse und der Arbeitgeberverband haben dazu entsprechende Massnahmen vorgeschlagen. Die Industrie- und Handelskammer Thurgau sieht ebenfalls Handlungsbedarf. Das grösste Potenzial liegt gemäss den Analysen bei den älteren Arbeitnehmenden und der besseren Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt:

Potenzial von älteren Arbeitnehmenden besser nutzen

Im April hat der Arbeitgeberverband aufgezeigt, dass in der Schweiz in den letzten Jahren ein vermehrter Trend zu Teilzeitarbeit festzustellen ist. Während dies in den mittleren Altersgruppen vor allem auf Betreuungsarbeit zurückzuführen ist, nimmt die freiwillig gewählte Reduktion des Arbeitspensums zugunsten von mehr Freizeit vor allem bei den über 50-Jährigen zu: In dieser Altersgruppe bis zur Pensionierung schätzt der Arbeitgeberverband das Potenzial der dadurch entgangenen Vollzeitstellen auf über 53'000. Wie hoch das eigene Arbeitspensum gewählt wird, ist zu Recht eine individuelle Entscheidung. Die Anreize aber sollten so gesetzt sein, dass sich eine Erhöhung des Arbeitspensums grundsätzlich lohnt.

Für über 55-Jährige auf Stellensuche ist es allerdings auch deutlich schwieriger, wieder eine Stelle zu finden als für jüngere Arbeitnehmende. Hier sind bereits vorgesehene arbeitsmarktliche Massnahmen wie beispielsweise Jobcoaching oder die Möglichkeit von Einstiegspraktika wichtig. Arbeitgebende sind hier gefordert, echte Chancen zu bieten. Ergänzend wären geglättete Lohnbeiträge über die Altersgruppen sinnvoll, um die Chancen für ältere Arbeitnehmende im Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Arbeitnehmende möchten teilweise durchaus über das Referenzalter hinaus tätig sein. Laut einer Studie von Swisslife fördern jedoch bisher nur 14 Prozent der Unternehmen eine Weiterbeschäftigung nach dem Pensionsalter aktiv. Freiwilliges Arbeiten über das Referenzalter hinaus sollte aber finanziell attraktiv bleiben, indem beispielsweise der AHV-Freibetrag angehoben und ein Rentenaufschub finanziell belohnt wird. Angesichts der demografischen Entwicklung hält die IHK zudem eine Erhöhung des Referenzalters für unumgänglich, denn nur eine strukturelle AHV-Reform sichert die Renten auch für künftige Generationen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter stärken

Bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurden in der Schweiz in den letzten Jahren zwar bedeutende Fortschritte erzielt. Eine Studie des Bundes aber hält fest: Ein Fünftel der Mütter mit Kindern unter zwölf Jahren sind nicht erwerbstätig, obwohl die grosse Mehrheit von

ihnen gerne arbeiten würde, vorausgesetzt sie hätten Zugang zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen und bezahlbarer Kinderbetreuung. In den letzten 20 Jahren wurden in der Schweiz rund 80'000 Betreuungsplätze geschaffen. Ende 2025 hat das Parlament das neue Kita-Gesetz verabschiedet, welches zum Ziel hat, Lücken im Angebot zu schliessen und unter anderem eine Betreuungszulage als Beitrag an die Kinderbetreuung vorsieht. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens ist allerdings noch offen. Auch hier ist die Wirtschaft weiterhin gefordert, mit flexiblen und innovativen Arbeitsmodellen attraktive Optionen für Eltern und insbesondere Mütter zu bieten. Steuerlich hat die im Frühjahr angenommene Individualbesteuerung einen Fehlanreiz beseitigt.

Staatliches Stellenwachstum bremsen und ein kritischer politischer Befund

In den letzten Jahren sind die Stellen im staatlichen Sektor in der Schweiz zudem deutlich stärker gewachsen als in der Privatwirtschaft, was den Unternehmen Arbeitskräfte entzieht. Hier ist eine Trendumkehr nötig. Potenzial bergen auch die konsequente Digitalisierung und die Nutzung von Künstlicher Intelligenz. Dadurch realisierte Effizienz- und Produktivitätsgewinne werden zur Entschärfung des demografisch bedingten Arbeitskräftemangels beitragen.

Für den Wirtschaftsstandort Schweiz ist Zuwanderung auch künftig notwendig. Die IHK beobachtet allerdings mit Sorge, dass ausgerechnet jene politischen Kräfte, die der Zuwanderung besonders kritisch gegenüberstehen, sich bislang kaum aktiv dafür einsetzen, das inländische Arbeitspotenzial noch besser zu nutzen. Eine Reduktion der Zuwanderung zu fordern, gleichzeitig aber Vorstösse zur Flexibilisierung des Rentenalters, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder zur Entlastung älterer Arbeitnehmender zu blockieren, ist aus Sicht der Wirtschaft widersprüchlich.



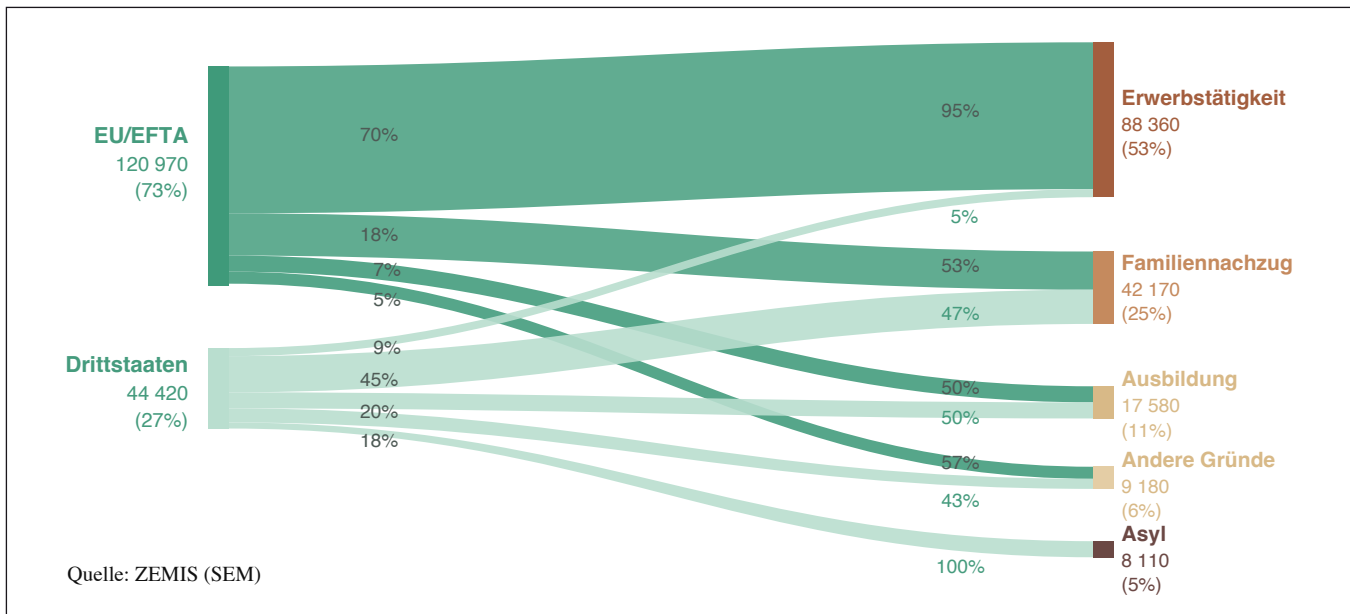
POLITIK

Wie könnte die Zuwanderung aktiver gesteuert werden?

Die Schweiz hat von der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt stark profitiert. Zunehmend kämpft sie aber auch mit den Herausforderungen, die diese mit sich bringt. Will man die Zuwanderung dämpfen, gibt es grundsätzlich zwei Ansätze: Eine Steuerung über die Beschränkung der Anzahl zugelassener Personen (Menge) oder die Erhebung einer Zuwanderungsabgabe (Preis). Doch wäre eine solche zulässig?

von Pascale Ineichen

Im Jahr 2025 neu erteilte Aufenthaltsbewilligungen, nach Staatsangehörigkeit und Einwanderungsgrund



Der Abstimmungskampf um die 10-Millionen-Schweiz hat deutlich gemacht, wie sehr das Thema Zuwanderung die Schweiz bewegt. Obwohl sie wirtschaftlich stark davon profitiert hat, ist unbestritten, dass Zuwanderung auch Herausforderungen mit sich bringt. Diese betreffen vor allem die Nutzung öffentlicher Güter wie der Verkehrsinfrastruktur, Gesundheits- und Bildungsinstitutionen, aber auch den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum und Fragen der Integration. Es stellt sich deshalb die Frage, welche Instrumente die Schweiz nutzen kann, um die Zuwanderung möglichst effektiv zu steuern.

Steuerungsmodelle der arbeitsmarktorientierten Zuwanderung

Von der zugewanderten Bevölkerung in der Schweiz stammen 1,6 Millionen Personen aus den EU-/EFTA-Staaten und 800'000 aus Drittstaaten. Erfolgt die Zuwanderung aus Drittstaaten, wird sie in der Schweiz aktuell über die Zuteilung von Kontingenten verbunden mit einem Inländervorrang gesteuert. Für die Kontingente legt der Bund jährliche Höchstzahlen fest, welche auf Kantone und Branchen verteilt werden. Im letzten Jahr wurden 8'500 Kontingente für Fachkräfte aus Drittstaaten vergeben, wobei nicht



alle ausgeschöpft wurden. Im Rahmen des Inländervorrangs muss ein Arbeitgeber nachweisen, dass keine geeignete inländische Arbeitskraft rekrutiert werden konnte. Zudem besteht eine Stellenmeldepflicht für bestimmte Branchen.

Die Zuwanderung aus dem EU-/EFTA-Raum wird durch das Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) ebenfalls verbunden mit einer Stellenmeldepflicht geregelt: Aus diesen Staaten darf sich in der Schweiz niederlassen, wer einen gültigen Arbeitsvertrag vorweisen oder den Nachweis erbringen kann, dass er über ausreichend finanzielle Mittel verfügt, um den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Zum Zweck einer dauerhaften Erwerbsarbeit sind auf diesem Weg im letzten Jahr 85'000 Personen zugewandert.

Eine Zuwanderungsabgabe als Eintrittspreis

Alternativ oder ergänzend zu den bisherigen Steuerungsmodellen könnte die Zuwanderung statt über die Anzahl zugelassener Personen (Menge) durch eine Zuwanderungsabgabe (Preis) gesteuert werden. Festzulegen wäre die Höhe dieser Abgabe, welche einmalig oder über eine bestimmte Dauer erhoben werden könnte. In Frage kämen entweder ein Fixbetrag oder eine prozentuale Abgabe auf den Lohn. Letzteres würde verhindern, dass sich nur vermögende Personen bzw. zahlungskräftige Unternehmen die Einwanderung leisten könnten und damit bestimmte Branchen gegenüber andern bevorzugt würden. Fraglich ist, wie hoch ein solcher Betrag sein müsste, damit die Zuwanderung effektiv gebremst würde. Dazu liegen bisher kaum internationale Erfahrungswerte vor.

Der Bundesrat hat in seinem Bericht zur Zuwanderung vom Mai dieses Jahres geprüft, welche Voraussetzungen gegeben sein müssten, damit eine solche Abgabe praktikabel und rechtlich umsetzbar wäre. Die Abgabe als Verwaltungsgebühr auszugestalten, wäre kaum möglich, da der zulässige Betrag nicht hoch genug angesetzt werden könnte, um eine Lenkung zu erzielen. Gemäss Bericht wäre eine Zuwanderungsabgabe aus rechtlichen Gründen deshalb am ehesten als Lenkungsabgabe auszugestalten. Da der Bund gemäss Art. 121 BV für den Ausländer- und Asylbereich zuständig ist, wäre hierfür auch eine verfassungsrechtliche Grundlage gegeben. Allerdings müssten sämtliche Einnahmen aus die-

ser Abgabe vollumfänglich an die Bevölkerung oder allenfalls zusätzlich an die Wirtschaft zurückfliessen.

Vereinbarkeit mit internationalem Recht beachten

Die dauerhafte Einführung einer Zuwanderungsabgabe wäre gemäss dem Bundesratsbericht allerdings nicht mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen der EU vereinbar, weil damit das Diskriminierungsverbot zwischen den Vertragsparteien verletzt würde. Das neue Vertragspaket mit der EU sieht indes eine Schutzklausel vor, die es der Schweiz ermöglicht, die Zuwanderung bei schweren wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu beschränken. Der Bundesrat muss künftig die Aktivierung der Schutzklausel prüfen, wenn gewisse Schwellenwerte oder Indikatoren bezüglich Zuwanderung, Arbeitsmarkt, sozialer Sicherheit, Wohnungswesen oder Verkehr überschritten werden.

Hierfür könnte eine Zuwanderungsabgabe als vorübergehende Massnahme zur Beschränkung der Zuwanderung vorgesehen werden. Am 21. August hat die staatspolitische Kommission des Ständerates mit 7 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen empfohlen, die innerstaatlichen Grundlagen für eine vorübergehende Einführung einer Zuwanderungsabgabe im Rahmen der Schutzklausel zu schaffen.

Zuwanderung mit Schutzklausel

Weil in den kommenden Jahren aufgrund der demografischen Entwicklung Arbeitskräfte fehlen, ist arbeitsmarktorientierte Zuwanderung für die Schweizer Wirtschaft auch künftig eine Notwendigkeit. Sie soll dabei möglichst über marktorientierte Anreizstrukturen und nicht über staatliche Vorgaben gesteuert werden. Die IHK sieht es als prüfenswerte Option, wenn ergänzend zu den bestehenden Instrumenten das Parlament bereits heute im Ausländer- und Integrationsgesetz eine rechtliche Grundlage schafft, um im Fall einer Anrufung der Schutzklausel gegenüber der EU vorübergehend eine Zuwanderungsabgabe erheben zu können. Verpflichtungen, die sich aus internationalem Recht ergeben, sind dabei zu beachten.

RAIFFEISEN

Thurgauer Raiffeisenbanken

Was **uns** ausmacht:

Pensionsplanung, die Sie weiterbringt.

Jetzt
Beratungstermin
vereinbaren

Weil Ihnen die wichtigen Entscheide
zur Pensionierung mit der richtigen
Vermögensstrategie leichter fallen.



thalmann
treuhand
+wirtschafts
prüfung

Mittendrin statt nur dabei.
Ihre Fachexperten in Weinfelden.
Gewerbe – Firmen – Non-Profit – Öffentliche Verwaltung

www.thalmann.ch

PUBLI-REPORTAGE

Menschliche Nachfolgebera- tung mit Mut zur Offenheit

Eine Unternehmensnachfolge ist weit mehr als eine finanzielle, steuerliche oder rechtliche Transaktion. Entscheidend ist, ob Übergebende, Nachfolgende und Unternehmen bereit sind, Verantwortung, Vertrauen und Führung neu zu ordnen.

allevia
Hauptstrasse 14
CH-8280 Kreuzlingen



+41 71 552 21 70
www.allevia.ch



v.l.: Antonella Mussoi, systemische Organisationsberaterin, Coach, Mediatorin, HR-Fachfrau und Sabine Müller, Mediatorin, systemische Organisationsberaterin, Coach, Rechtsanwältin

Ein Beispiel aus der Praxis: Die Finanzierung steht, die Übergabe ist formal geregelt, die Nachfolgeperson übernimmt. Trotzdem gerät die Übergabe ins Stocken. Die bisherige Leitung entscheidet weiterhin mit, Mitarbeitende und Kunden wissen nicht, an wen sie sich halten sollen, und die Nachfolgeperson kann ihre Rolle nicht wirklich übernehmen. Was auf dem Papier geklärt scheint, ist im Alltag noch lange nicht gelöst.

Bis Ende 2030 steht gemäss Nachfolgestudie 2026 der Universität St.Gallen und UBS in fast 168'000 Schweizer KMU eine Eigentumsübergabe an. Bei 76 Prozent hängt der Erfolg stark an der Führungsperson.

Fünf Fragen sind für eine tragfähige Nachfolge zentral:

1. Ist die Inhaberschaft bereit, loszulassen?

Was soll erhalten bleiben, was darf sich verändern und welche Zukunft sieht sie für sich?

2. Ist die Nachfolgeperson bereit zu übernehmen?

Sie braucht Klarheit über Motivation, Rolle und Führungsverständnis und den Mut, Verantwortung auf eigene Weise zu tragen.

3. Ist das Unternehmen bereit?

Wo hängen Wissen, Kundenbeziehungen und Entscheidungen noch stark an einzelnen Personen?

4. Wie gestalten wir den Übergang?

Verantwortung, Vertrauen, Wissen, Beziehungen und Kultur müssen bewusst übertragen werden. Unterschiedliche Vorstellungen zwischen Bewahren und Erneuern gehören dazu.

5. Wie wird die neue Ordnung stabil?

Mitarbeitende und Kunden brauchen Orientierung. Standortbestimmungen helfen, Rollen nachzuschärfen und Reibungspunkte früh zu erkennen.

Externe Begleitung schafft Raum für offene Fragen, macht Abhängigkeiten sichtbar und unterstützt tragfähige Lösungen. Sie ergänzt die rechtliche, steuerliche und finanzielle Beratung um die menschliche und organisationale Perspektive.

Der Workshop «Nachfolge kompakt» bietet eine Standortbestimmung, nächste Schritte und Austausch mit anderen Unternehmern.

WORKSHOP NACHFOLGE KOMPAKT:

**12. November 2026
oder 28. Januar 2027**

08.30–13.30 Uhr

Parkhotel Winterthur

CHF 490.– pro Person

weitere Infos: www.allevia.ch

Stillstand bei Verkehr und Energie als Standortrisiko

Bei Strasse, Schiene und Energie herrscht vielerorts Stillstand, während Bevölkerung, Verkehr und Strombedarf weiter wachsen. Der Nutzen eines Ausbaus ist in allen Bereichen weitestgehend unbestritten, an der Urne und in den Köpfen überwiegt dennoch die Skepsis. Wer Investitionen aufschiebt, löst damit kein Problem, sondern bremst die Wettbewerbsfähigkeit des ganzen Landes.

von Jérôme Müggler

Die Schweiz ist in der Vergangenheit gewachsen und die Bevölkerung wurde mobiler. Folglich nimmt der Verkehr zu und der Strombedarf steigt. Bei der Lösung der damit verbundenen Themen herrscht jedoch vielerorts Stillstand. Ob Autobahnausbau, Bahnkapazitäten oder Energieversorgung: Die Notwendigkeit des Wandels ist grundsätzlich unbestritten, an der Urne und in den Köpfen setzt sich jedoch oft die Skepsis durch. Wer Investitionen in die Infrastruktur immer wieder aufschiebt, löst damit kein Problem. Es wird lediglich verschoben und dabei die Wettbewerbsfähigkeit des ganzen Landes geschwächt. Am Ende zahlen Unternehmen, Pendlerinnen und Pendler sowie die öffentliche Hand die Rechnung für Jahre, in denen politisch zu wenig entschieden wurde.

Strasse: punktueller Ausbau, statt grosser Wurf

Mit «Verkehr '45» bündelt der Bundesrat erstmals die Weiterentwicklung von Strasse, Schiene und Agglomerationsverkehr in einer gemeinsamen Vorlage. Grundlage ist ein Gutachten der ETH Zürich, das die vorhandenen Projekte für die Periode bis 2045 priorisiert – nachdem die Stimmbürger den letzten Ausbauschnitt für die Nationalstrassen im November 2024 abgelehnt hatte. Zwei Projekte stehen dabei exemplarisch für die Herausforderungen in der Ostschweiz: die N23 im Thurgau und die dritte Röhre des Rosenberg隧nels in St.Gallen.

Die N23 ist die wichtigste Ost-West-Verbindung des Thurgaus und erschliesst mehr als ein Drittel der rund 21'500 Arbeitsstätten des Kantons. Täglich verkehren dort zwischen 14'000 und 20'000 Fahrzeuge, und die Bevölkerung soll bis 2040 um weitere 53'000 Personen wachsen. Die IHK Thurgau begrüsst, dass die Umfahrung Amriswil und später auch Weinfelden vom Bund gelistet werden. Im gleichen Zug fordert sie im Rahmen von «Verkehr '45», dass die beiden Umfahrungen nicht als Einzelprojekte stehen bleiben, sondern die gesamte Strecke zwischen Bonau und Arbon als zusammenhängende Achse gedacht wird. Bereits heute müssen die Weichen gestellt werden, damit die Strecke durchgehend ohne Engpässe umgesetzt werden kann. Ähnlich verhält es sich mit dem Rosenbergtunnel: Über 80'000 Fahrzeuge fahren täglich durch die St.Galler Stadtautobahn, die Kapazitätsgrenze ist seit Jahren überschritten. Nun liegt das Projekt erneut in der Vernehmlassung zu «Verkehr '45». Ein Beispiel dafür, wie ein gesamtschweizerisches Nein einzelne Regionen und ihre lokal breit abgestützten Anliegen ausbremsen kann.



MEHR INFOS
ZU VERKEHR 2045:



Schiene: Ausbau ja, Finanzierung offen

Auch beim Schienenverkehr sieht «Verkehr '45» substanzielle Verbesserungen vor. Bis 2035 sollen unter anderem ein Viertelstundentakt Bern – Zürich sowie Halbstundentakte auf weiteren Achsen eingeführt werden, bis 2045 folgen strategische Netzelemente wie der Zimmerberg-Basistunnel II oder ein viertes Gleis in Zürich Stadelhofen. Auch regionale Ausbauten, etwa im Raum St.Gallen, sind Teil des Programms. Die IHK unterstützt die Forderung der Ostschweizer Regierungskonferenz, den Bahnhof Weinfelden an den S-Bahn Ausbau anzupassen. Dabei ist jedoch sicherzustellen, dass der Oberthurgau auch künftig optimal an das nationale Fernverkehrsnetz angebunden bleibt. Insbesondere darf die direkte IC-Anbindung nach Romanshorn nicht geschwächt oder aufgehoben werden.

Die Finanzierung dieser Vorhaben hängt an einem befristeten Mehrwertsteuerpromille zugunsten des Bahninfrastrukturfonds, dessen Verlängerung eine Verfassungsänderung mit obligatorischem Referendum erfordert. Gleichzeitig entfallen im Zuge der Neupriorisierung 68 kleinere Projekte im Umfang von rund 2,5 Milliarden Franken, die das Parlament in früheren Programmen bereits beschlossen hatte. Der Bahnausbau steht damit, ähnlich wie der Strassenausbau, über Jahre hinweg unter Finanzierungsvorbehalt.

Energie: sicher, bezahlbar, nachhaltig – und technologieoffen

Was beim Verkehr die Volksabstimmung ist, ist bei der Energie oft die lokale Akzeptanz. Die Schweiz benötigt in den nächsten 20 Jahren deutlich mehr Strom, insbesondere im Winterhalbjahr. Solar- und Windkraft können einen Beitrag

dazu leisten, werden aber noch nicht die notwendigen Kapazitäten liefern können. Windkraftprojekte im Speziellen stossen zudem regelmässig auf lokalen Widerstand, was ihre Realisierung verlangsamt.

Vor diesem Hintergrund fordern die IHK Thurgau und die IHK St.Gallen-Appenzell in einer gemeinsamen Publikation zur Energieversorgung konsequente Technologieoffenheit. Dazu gehört auch die Kernenergie. Eine Revision von Art. 106 des Kernenergiegesetzes soll Betriebsverlängerungen bestehender Kernkraftwerke sowie den Einbau neuer Reaktoren ermöglichen. Parallel dazu werden der Ausbau der Wasserkraft, griffige Speicherkapazitäten (von Wasserspeichern über Power-to-X bis zu Gas-Pflichtlagern) sowie gestraffte Bewilligungsverfahren verlangt. Ergänzend soll ein Stromabkommen mit der EU sowie Vereinbarungen zur Versorgungssicherheit mit Nachbarländern die Abhängigkeit von kurzfristigen Notmassnahmen verringern.

Abhängigkeit der Ostschweizer Wirtschaft

Strasse, Schiene und Energie zeigen ein vergleichbares Muster. Der Nutzen einer Modernisierung wird in der öffentlichen Debatte selten so klar benannt wie der kurzfristige Widerstand gegen einzelne Projekte. Für eine exportorientierte Ostschweiz mit einer hohen Dichte an KMU sind funktionierende Strassen- und Bahnverbindungen ebenso Voraussetzung wie eine sichere, bezahlbare Energieversorgung. Wer den Ausbau immer weiter aufschiebt, gewinnt keine Zeit, sondern verliert sie – im internationalen Standortwettbewerb ebenso wie bei der eigenen Bevölkerung, die auf verlässliche Infrastruktur angewiesen ist.

Platz für morgen – wie die Schweiz ihr Wachstum meistern könnte

Einsprachen bremsen den Wohnungsbau. Verdichtung scheitert am Widerstand vor der eigenen Haustür. Gleichzeitig verliert die Schweiz weiter wertvolles Kulturland. Singapur, Wien und der Kanton Uri zeigen unterschiedliche Wege auf. Ein Denkanstoss, wie auch die (Ost)Schweiz diesen Spagat schaffen könnte.

von Jérôme Müggler



Die Schweiz wächst. Ende 2025 lebten 9,127 Millionen Menschen im Land, so viele wie nie zuvor. Bis 2055 rechnet der Bund mit 10,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Auch der Thurgau wächst überdurchschnittlich und dürfte bis 2040 rund 50'000 zusätzliche Menschen zählen. Seit 2017 verpflichtet die Kantonsverfassung Kanton und Gemeinden zu einem haushälterischen Umgang mit dem Boden.

Spürbar wird dieses Wachstum vor allem dort, wo der Platz schon heute knapp ist. Die Leerwohnungsziffer ist 2025 auf einen Rekordtiefstand von 1,0 Prozent gefallen, bei Mietwohnungen sogar auf 1,4 Prozent. Die Zersiedelung schreitet derweil unvermindert voran. Seit Jahrzehnten verschwindet pro Sekunde rund ein Quadratmeter Kulturland unter Asphalt und Beton, obwohl das Stimmvolk eine starre Bauzonenobergrenze 2019 deutlich ablehnte und auch die Landschaftsinitiative 2023 zugunsten des heutigen Raumplanungsgesetzes zurückgezogen wurde. Der Boden bleibt

politisch heikel. Schon seit den 1950er-Jahren scheiterten links geprägte Bodenrechtsinitiativen, die Spekulation über staatlichen Bodenbesitz eindämmen wollten, regelmässig an der Urne. Sie galten als zu radikal für ein Land, das die Eigentumsgarantie hochhält.

Blockiert statt gebaut

Gleichzeitig steckt das Land in einer eigentlichen Planungsblockade. Ein Baugesuch braucht schweizweit im Schnitt 140 Tage bis zur Bewilligung, fast doppelt so lange wie 2010. In Genf sind es 369 Tage, in Zürich wird gegen sieben von zehn Bauprojekten Einsprache erhoben. Einsprachen gelten in der Baubranche mittlerweile als «fünfte Landessprache». Eine Mehrheit befürwortet Verdichtung im Grundsatz. Sobald aber ein konkretes Projekt vor der eigenen Haustür ansteht, kippt die Zustimmung. Verschärft wird die Lage durch ungenutzte Bauzonenreserven, die oft am falschen Ort liegen oder ohne Bauabsicht gehalten werden.

Zwei Denkschulen, ein Problem

International wie national zeigen sich im Kern zwei Antworten auf die Bodenfrage. Die eine, eher links verortete Schule setzt bei der Eigentumsform an. Der Staat soll Boden dauerhaft behalten und nur noch im Baurecht statt durch Verkauf abgeben, wie es Wien seit hundert Jahren praktiziert oder wie es Städte wie Basel und Zürich in jüngeren Vorstössen fordern. Der Grundgedanke hat durchaus seine Berechtigung. Öffentlicher Boden im Baurecht bleibt dauerhaft der Spekulation entzogen, und Gemeinden können damit gezielt preisgünstigen Wohnraum sichern. Das Modell bindet aber viel Kapital, macht den Staat zum Grossvermieter und löst die eigentliche Knappheit nicht. Wien kämpft trotz alledem mit langen Wartelisten. Singapur zeigt die Kehrseite einer konsequenten staatlichen Bodenpolitik. Sie funktioniert nur mit Enteignungen und autoritären Eingriffen, die mit einem Rechtsstaat wie der Schweiz unvereinbar sind.

Überzeugender wirkt der zweite, eher bürgerlich-marktwirtschaftliche Ansatz. Er will das Angebot vergrössern, statt Eigentum umzuverteilen. Dazu gehören mehr Einzonungen und Verdichtung an gut erschlossenen Lagen, schlankere Bewilligungsverfahren, die Umnutzung leerstehender Büroflächen sowie eine gezielte Besteuerung von Spekulationsgewinnen über die bestehende Grundstückgewinn-



steuer statt über neue Eigentumsformen. Dieser Weg lässt das Eigentumsrecht unangetastet und ist eher anschlussfähig an föderale, eigentumsfreundliche Schweizer Strukturen. Der Kanton Uri zeigt, wie viel allein mit Tempo zu gewinnen ist. Dank klaren Abläufen, verbindlichen Fristen und einer digitalen Plattform bearbeitet er Baugesuche landesweit am schnellsten, ganz ohne neue Eigentumsmodelle.

Was das für die Ostschweiz heisst

Für die Schweiz insgesamt heisst das, die Innenentwicklung gegenüber langwierigen Einsprache- und Schutzverfahren stärker aufzuwerten und Verdichtung dort zuzulassen, wo die Erschliessung bereits vorhanden ist. Für die soft-urbane Ostschweiz mit ihrem hohen Anteil an Kulturland eröffnet sich dabei eine eigene Chance, und zwar entlang des bürgerlichen Rezepts statt über staatlichen Bodenbesitz. Statt jede Gemeinde gleichmässig zu verdichten, könnten gezielte Entwicklungsschwerpunkte an gut erschlossenen S-Bahn-Knoten wie Weinfelden, Frauenfeld oder Amriswil entstehen, mit klaren, digitalisierten und beschleunigten Bewilligungsverfahren nach Urner Vorbild. Kantone und Gemeinden könnten dafür gemeinsam Absichtserklärungen mit Zielwerten und verbindlichen Fristen erarbeiten, statt jedes Bauprojekt einzeln über Jahre auszufeuchten.

Regionale Wohneigentumsförderung könnte zudem helfen, Eigenheime für Familien und den Mittelstand erschwinglich zu halten, statt Boden dem Markt zu entziehen. Die dazwischenliegende Kulturlandschaft bliebe bewusst erhalten, mit kompakten, lebendigen Ortskernen auf der einen und geschützten Natur- und Landwirtschaftsflächen auf der anderen Seite. Das wäre ein Weg, das Wachstum zu tragen, ohne die Region zuzubauen, ohne den Charakter der Ostschweiz aufzugeben und ohne das Eigentumsprinzip infrage zu stellen, das für viele KMU und Familienbetriebe in der Region eine zentrale Grundlage bleibt.

Dieser Beitrag versteht sich ausdrücklich nicht als Parole oder fertige Position. Er ist ein Denkanstoss, der bewusst auch unbequeme Ideen aufgreift, um eine konstruktive Diskussion darüber anzustossen, wie die Schweiz und die Ostschweiz mit Wachstum, Wohnraum und Verkehr künftig umgehen wollen.



Unsere Erlebniswelt – Ihr unvergesslicher Event

Wir bieten Ihnen den perfekten Rahmen für Mitarbeiterereignisse, Team- oder Kundenanlässe oder Seminare. Feiern Sie in den denkmalgeschützten Industriehallen des ehemaligen Tanklagers in Romanshorn. Erleben Sie einen Abend voller Emotionen und tauchen Sie ein in die faszinierende Welt des Motorsports.

Neugierig? Rufen Sie uns an, gerne beraten wir Sie.



Egnacherweg 7
8590 Romanshorn
autobau.ch

Event.
Erlebnis.
Motorsport.



Signaletik.

Zielführende Orientierungssysteme.

Eine übersichtliche und klare Signaletik mit Wegweisern, Stelen, Piktogrammen und Leuchtschriften vereinfacht das Leben – damit Sie ohne Umwege ans Ziel kommen.

Von der Projektleitung, über die Gestaltung, zur Produktion bis und mit Montage und Abnahme. Bei uns erhalten Sie alles aus einer Hand.

DEVITA.
Starke Lösungen für starke Auftritte.



PUBLI-REPORTAGE

Altersrente mit Kapitalschutz

Viele Menschen stellen sich im Hinblick auf ihre Pensionierung eine wichtige Frage: Was passiert mit meinem Alterskapital, wenn ich die Rente beziehe und kurz darauf versterbe? Eine lebenslängliche Rente bietet zwar Sicherheit, dennoch bleibt oft die Sorge, dass ein grosser Teil des Alterskapitals nicht mehr den Angehörigen zugutekommt. Genau hier setzt die neue Lösung der Asga an: die Altersrente mit Kapitalschutz.

Asga Pensionskasse

Rosenbergstrasse 16
CH-9001 St.Gallen
+41 71 228 52 52
info@asga.ch
www.asga.ch



Wer sich bei der Pensionierung bei der Asga für die Rente entscheidet, erhält diese nicht nur lebenslänglich, sondern profitiert neu auch von einer verbesserten Absiche-

rung der Angehörigen. Bei der Asga kommen alle Neurentner:innen und Rentenbezüger:innen seit dem 1. Januar 2026 und der letzten fünf Jahre in den Genuss des Kapitalschutzes. Und das Beste: Die Asga bietet diesen zusätzlichen Schutz kostenlos an.

Wenn eine Person kurz nach der Pensionierung verstirbt, sind ihre Hinterlassenen zusätzlich abgesichert. Verstirbt ein:e Rentenbezüger:in innerhalb von fünf Jahren nach der Pensionierung oder nach dem letzten Teilpensionierungsschritt, wird ein Kapital ausbezahlt. Dieses Kapital entspricht maximal fünf Jahresrenten (ohne Teuerungszulagen und Überschussbeteiligungen). Davon wird die Rente abgezogen, die bis zum Todeszeitpunkt bereits ausbezahlt wurde. Der verbleibende Betrag geht an die berechtigten Hinterlassenen oder Begünstigten und wird zusätzlich zu einer möglichen Partnerrente ausgerichtet.

1962 vom Gewerbe für das Gewerbe geschaffen, bietet die Asga als unabhängige Genossenschaft KMU und Selbständigerwerbenden sichere Vorsorgelösungen, tiefe Kosten und eine überdurchschnittliche Verzinsung. Erfahren Sie mehr über die Asga und die Altersrente mit Kapitalschutz unter www.asga.ch/rente-mit-kapitalschutz.



Die IHK – Stimme, Netzwerk und Dienstleisterin der Thurgauer Wirtschaft

Ob Ausbau der N23, tiefere Unternehmenssteuern oder eine eigene Ausgleichskasse mit tieferen Verwaltungskosten: Die IHK Thurgau bietet Mitgliedunternehmen von Exportdiensten bis Weiterbildung handfeste Vorteile im Alltag. Zudem setzt sie sich im direkten Austausch mit dem Grossen Rat, Bundesparlament und Regierungsrat für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen ein.

von Jérôme Müggler

Die Industrie- und Handelskammer Thurgau vertritt als grosser, branchenübergreifender Wirtschaftsverband seit 1870 die Interessen der Thurgauer Wirtschaft. Rund 650 Mitgliedunternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistung stehen für zusammen etwa 40'000 Arbeitsplätze im Kanton – vom inhabergeführten Familienbetrieb bis zum international tätigen Industriekonzern. Diese Breite macht die Kammer zu einer relevanten Stimme der Thurgauer Wirtschaft: unabhängig, überparteilich und mit direktem Draht zu Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Wirtschaftspolitisches Engagement

Im Zentrum der Tätigkeit steht die aktive Wirtschaftspolitik – dort, wo es für die Unternehmen konkret wird. Die Kammer setzt sich u.a. seit Jahren mit Nachdruck für den Ausbau der N23 und für die Erschliessung von Wil West ein, weil eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur die Grundlage für Wachstum, Fachkräftegewinnung und funktionierende Lieferketten bildet. Ebenso konsequent kämpft sie für tiefe Unternehmenssteuern und eine schlanke, effiziente Verwaltung, damit der Thurgau im interkantonalen Standortwettbewerb bestehen kann. Sie pflegt einen regelmässigen, direkten Austausch mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern des Grossen Rats, mit Thurgauer Vertreterinnen und Vertretern im Bundesparlament sowie mit dem Regierungsrat. So werden die Anliegen der Mitgliedunternehmen dort adressiert, wo Entscheide fallen.

Standortförderung und Innovation

Die IHK Thurgau arbeitet in verschiedenen Initiativen mit der kantonalen Standortförderung zusammen, um den Werkplatz Thurgau sichtbar zu machen und Unternehmen bei der Weiterentwicklung oder bei Markterschliessungen zu unterstützen. Ein wichtiger Baustein ist ihr Engagement für den I+D Campus,



die Plattform für Innovation und Digitalisierung in Kreuzlingen. Sie fördert Vernetzung, Wissenstransfer und Weiterbildung zu Zukunftsthemen und hilft KMU und Gewerbetreibenden, den digitalen Wandel aktiv zu gestalten und Innovationsprozesse zu etablieren.

Wirtschaftsevents und Netzwerk

Als Treffpunkt der regionalen Wirtschaft organisiert die IHK Thurgau eigene Veranstaltungen und trägt zentrale Wirtschaftsveranstaltungen mit – so etwa mit «BOOM! der Thurgauer Wirtschaftstag», die EcoOst Arena mit der IHK St.Gallen-Appenzell oder kleinere Netzwerk-Anlässe, wo es regelmässig spannende Inputs von namhaften Personen gibt. Solche Anlässe bieten Zugang zu hochkarätigem Networking, aktuellen Impulsen und direktem Austausch mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus der ganzen Ostschweiz.

Nachwuchsförderung: Brücke zwischen Schule und Wirtschaft

Der IHK ist die Verbindung zwischen Bildung und Wirtschaft ein zentrales Anliegen. An den Kantonsschulen führt sie die Wirtschaftswochen durch. Schülerinnen und Schüler übernehmen dabei während einer Woche die Führung eines fiktiven Unternehmens und erleben unternehmerisches Denken hautnah, begleitet von Fachpersonen aus

Mitgliedfirmen. Am Berufsbildungsforum bringt die Kammer Unternehmen, Lehrbetriebe und Bildungsverantwortliche zusammen, um die duale Berufsbildung im Kanton zu stärken und dem Fachkräftenachwuchs frühzeitig Perspektiven aufzuzeigen. Ergänzend unterstützt sie im Rahmen des Dialogs Schule-Wirtschaft den Austausch zwischen Lehrpersonen und Unternehmen, damit der Berufseinstieg junger Menschen gelingt und der Wirtschaft die Fachkräfte von morgen erhalten bleiben.

Kompetenzzentrum für exportierende Unternehmen

Für Unternehmen mit Auslandsgeschäft ist die Kammer die zuständige Ausstellungsstelle für Ursprungszeugnisse und Carnets ATA. Ursprungszeugnisse bestätigen gegenüber ausländischen Behörden die Herkunft einer Ware und werden von vielen Bestimmungsländern zwingend verlangt; das Carnet ATA vereinfacht die vorübergehende Ausfuhr von Waren – etwa Berufsausrüstung, Messegut oder Warenmuster – erheblich. Mitgliedunternehmen profitieren von effizienter Abwicklung und persönlicher Beratung durch ein exporterfahrenes Team.

Aus- und Weiterbildung mit Praxisbezug

Ergänzend bietet die IHK ihren Mitgliedern ein praxisorientiertes Weiterbildungsangebot. Seminare, Kurse und Fachreferate zu Arbeitsrecht, Export, Führung und Steuern vermitteln aktuelles, unternehmensrelevantes Wissen – zugeschnitten auf den KMU-Alltag und zu vergünstigten Konditionen für Mitglieder.

Die verbandseigene Ausgleichskasse – ein finanzieller Mitgliedervorteil

Ein besonders handfester Vorteil ist der Zugang zur Ostschweizerischen Ausgleichskasse für Handel und Industrie, getragen von der IHK Thurgau gemeinsam mit der IHK St.Gallen-Appenzell. Als Verbandsausgleichskasse rechnet sie AHV/IV/EO- und Familienzulagenbeiträge ab – mit spürbar tieferen Verwaltungskostensätzen als bei den kantonalen Ausgleichskassen. Schon eine geringe Differenz im Beitragssatz wirkt sich, bezogen auf die gesamte Lohnsumme, bei jedem Lohnlauf spürbar aus. Hinzu kommen persönliche, regional verankerte Betreuung und schlanke digitalisierte Prozesse.

Warum jetzt Mitglied werden?

Eine IHK-Mitgliedschaft bedeutet Zugang zu einem gewachsenen Netzwerk aus Wirtschaft und Politik, zu Weiterbildung, zu unkomplizierten Exportdienstleistungen und zu einer eigenen Ausgleichskasse, die Geld spart. Vor allem heisst Mitgliedschaft: aktiv mitgestalten statt nur betroffen sein. Der Beitritt ist unkompliziert und kann online erledigt werden. Ein kurzes Gespräch mit der Geschäftsstelle genügt, um die individuellen Vorteile für das eigene Unternehmen aufzuzeigen.



Neue EU-Verpackungsverordnung hat Einfluss auf Schweizer Firmen

Das regulatorische Umfeld in der Schweiz betreffend Verpackungen passt sich demnächst gleich in zweierlei Hinsicht an. Die bisher geltende Getränkeverpackungsverordnung wird per Anfang 2027 durch eine neue Verpackungsverordnung (VerpV) abgelöst, welche für sämtliche Verpackungen – nicht mehr nur für Getränke – gilt. Ebenso ist per 12. August 2026 die EU-Verpackungsverordnung PPWR (Packaging and Packaging Waste Regulation, EU-Verordnung 2025/40) in Kraft getreten.

von Gian-Andrea Schmid, Rechtsanwalt

Die Verordnung setzt verbindliche Reduktionsziele für gewisse Verpackungsmaterialien, macht Vorgaben zur Rezyklierbarkeit, zum Rezyklatanteil und zur Kennzeichnung von Verpackungen. Es werden Anforderungen für den gesamten Lebenszyklus von Verpackungen (Herstellung, Verwendung, Rezyklierung) in Bezug auf die Nachhaltigkeit und die Kennzeichnung eingeführt.

Wie wirkt sich die EU-Verpackungsverordnung konkret auf Schweizer Unternehmen aus?

Die Schweiz ist nicht Mitglied der Europäischen Union und die Regelungen der EU über Verpackungen sind nicht einfach so auf Schweizer Unternehmen anwendbar. Für rein schweizerische Sachverhalte ist die EU-Verpackungsverordnung somit grundsätzlich nicht zu beachten. Sobald jedoch entlang der Verpackungskette Berührungspunkte mit einem EU-Markt bestehen, wird die EU-Verpackungsverordnung anwendbar (dies unabhängig z.B. vom Unternehmenssitz oder dem geplanten Verkaufsort der Produkte). Die EU-Verpackungsverordnung gilt für alle Verpackungen und Verpackungsabfälle, unabhängig von dem verwendeten Material und dem Zielsektor (Vertrieb, Verwaltung, Dienstleistungsbereich, Haushalte etc.). Sofern ein Akteur innerhalb der Wertschöpfungskette Anknüpfungspunkte zur EU hat, ist die Verordnung anwendbar.

So können von der EU-Verpackungsverordnung betroffen sein der «Erzeuger» (jede Person, die eine Verpackung oder ein verpacktes Produkt herstellt), der «Lieferant» (jede Person, die eine Verpackung an einen Erzeuger liefert), der «Importeur» (jede Person, welche Verpackungen von ausserhalb des Unionsgebiets in die EU bringt), der «Ver-

treiber» (jede Person, welche ohne Importeur oder Erzeuger zu sein, Verpackungen auf dem Markt bereitstellt), der «Endvertreiber» (jede Person, welche die verpackten Produkte an den Endverbraucher verkauft oder liefert). Eine Ausnahme bezüglich einzelner Vorschriften besteht lediglich für Kleinunternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitenden sowie einem Umsatz von unter EUR 2 Mio. pro Jahr.

WEITERE INFOS ZUR
EU-VERPACKUNGSVERORDNUNG:



WEITERE INFOS ZUR
VERPACKUNGSVERORDNUNG
DER SCHWEIZ:



Erste Pflichten gelten bereits ab 2026

Die EU-Verpackungsverordnung tritt schrittweise in Kraft, wobei insbesondere für die späteren Anwendungsfelder der Inhalt noch nicht gänzlich konkretisiert ist bzw. weitere Vorgaben erwartet werden. Der Anwendungsbereich der EU-Verpackungsverordnung hat am 12. August 2026 begonnen.

Ab dem 12. August 2026 muss sichergestellt werden, dass Verpackungen von Lebensmitteln die in der Verordnung enthaltenen Grenzwerte für PFAS- bzw. Schwermetall-Stoffe in Verpackungen nicht überschritten werden.

Unternehmen müssen zudem für jede Verpackungsart eine interne Dokumentation führen, welche Informationen zu Verpackungsdimensionen, technischen Zeichnungen, verwendeten Materialien, Verpackungsstandards und allfälligen Prüfungsergebnissen beinhaltet.

Unternehmen müssen zudem für jede Verpackungsart eine Konformitätserklärung (Declaration of Conformity) erstellen und z.B. in ihrem Vertriebsnetzwerk an Distributoren weitergeben. Die Konformitätserklärung weist nach, dass die Verpackung den Anforderungen an die Verordnung entspricht.

Gemäss den neuen Regeln zur Extended Producer Responsibility, EPR, müssen Hersteller von Produkten sich in jedem Mitgliedsland der EU registrieren, in welchem die Verpackung voraussichtlich zu Abfall wird, und dort gewisse Angaben (Menge, Art der Verpackung etc.) anmelden. Gesetzgeberische Aktivitäten sind hier noch in Kraft und es ist nicht absehbar, inwiefern genau dies umgesetzt wird.

Weitere Verschärfungen kommen nach 2026

Verschiedene Bestimmungen der EU-Verpackungsverordnung werden erst zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft treten. Generell müssen Verpackungen recyclingfähig sein und es wird ein Mindestanteil an recyclingfähigem Material pro Verpackung definiert. Sodann treten folgende Regelungen (nicht abschliessend) nach 2026 in Kraft:

Je nach Recyclingqualität (prozentualer Anteil, der recyclet werden kann) werden die Verpackungen in vier Leistungsstufen eingeteilt: A (95% recyclebar), B (80%), C (70%) und D (<70%). Ab 2030 müssen die Verpackungen die Leistungsstufen A, B oder C erreichen, ab 2038 dürfen voraussichtlich nur noch Verpackungen der Leistungsstufen A und B verwendet werden.

Voraussichtlich ab 2028 müssen Verpackungen Angaben zur Materialzusammensetzung sowie zur Abfalltrennung erhalten, die leicht verständlich und gut sichtbar – allenfalls mit Piktogrammen – angebracht sind. Ab 2029 müssen wiederverwendbare Verpackungen mit einer darüber informierenden Kennzeichnung versehen sein.

Bei Verstössen gegen die EU-Verpackungsverordnung drohen unter anderem Bussen und Verweigerungen des Marktzuganges. Es lohnt sich also auch für Schweizer Unternehmen, frühzeitig die eigenen Verpackungen auf die Konformität mit der Verpackungsverordnung zu überprüfen.

Neue Verpackungsverordnung der Schweiz ab 1. Januar 2027

Am 1. Januar 2027 tritt zudem die neue Schweizer Verpackungsverordnung (VerpV) in Kraft, die erstmals einen umfassenden regulatorischen Rahmen für Verpackungen schafft. Sie verfolgt ähnliche Ziele wie die PPWR, etwa die Förderung recyclingfähiger Verpackungen und die Reduktion unnötigen Verpackungsmaterials, bleibt aber insgesamt pragmatischer. Dies hilft insbesondere binnenorientierten Firmen und ist auch deshalb sachgerecht, weil die Schweiz bereits über gut ausgebaute Sammel- und Recyclingsysteme verfügt, die hohe Recyclingquoten erreichen.



KONTAKTINFORMATIONEN

Muri Partner Rechtsanwälte AG
Schmidstrasse 9
8570 Weinfelden

T +41 71 622 00 22
www.muri-anwaelte.ch

EVENT

IHK-Abend zur Finanzpolitik mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Regierungspräsident Urs Martin und der Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik Christoph Schaltegger waren am 21. August Gäste an einem Anlass der Industrie- und Handelskammer Thurgau zum Thema Finanzpolitik. Das Publikum im Frauenfelder Rathaus erlebte einen gehaltvollen Abend mit einer humorvollen und nahbaren Bundesrätin.

von Pascale Ineichen

Sowohl auf Bundes- als auch auf kantonaler Ebene wachsen die öffentlichen Ausgaben und es wird um Kostendämpfungs- und Sparmassnahmen gerungen. Gleichzeitig verhandeln Bund und Kantone über eine Neuordnung der Aufgabenteilung, wobei auch der nationale Finanzausgleich zunehmend für Diskussionsstoff zwischen Geber- und Nehmerkantonen sorgt. Diese Themen standen im Fokus des IHK-Anlasses zur Finanzpolitik

Schuldenbremse als zentrale finanzpolitische Errungenschaft

Prof. Dr. Christoph Schaltegger, Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik, betonte in seinem Einführungsreferat, dass der staatliche Fussabdruck über die Jahre zwar gewachsen sei. «Die Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 hat aber wesentlich dazu beigetragen, die Ausgabenquote in Schach zu halten und sorgt für Stabilität bei den Bundesfinanzen.» Reformpotenzial ortet Schaltegger insbesondere bei den gebundenen Ausgaben, der Lohnprämie für Staatsangestellte, den zahlreichen Subventionen sowie der Eliminierung von Fehlanreizen im Finanzausgleich.

Das Thurgauer Potenzial besser nutzen

Im anschliessenden Gespräch zu den Kantonsfinanzen fühlte IHK-Präsidentin und Nationalrätin Kris Vietze Regierungspräsident und

Finanzdirektor Urs Martin auf den Zahn: Vietze beanstandete das strukturelle Budgetdefizit und wies darauf hin, dass der Kanton Thurgau im Ressourcenindex unter den Kantonen den unrühmlichen letzten Platz belegt. Regierungsrat Martin hielt denn auch fest: «Ich bin auch nicht begeistert, dass der Kanton Thurgau hohe Beiträge aus dem nationalen Finanzausgleich bezieht.» Der Kanton sei aktuell dabei, entsprechende Massnahmen im Bereich der Standortattraktivität zu definieren. Die projektierte Entflechtung der Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Kantonen halte er für richtig: «Diejenige Staatsebene, welche eine Aufgabe übernimmt, soll bezahlen, aber auch bestimmen.»





Urs Martin, Kris Vietze, Karin Keller-Sutter, Pascale Ineichen, Christoph Schaltegger und Jérôme Müggler (vlnr.)

Kompromissfähigkeit und Lösungsorientierung als wichtige Werte

Bundesrätin Karin Keller-Sutter zeigte sich im anschliessenden Gespräch mit IHK-Direktor Jérôme Müggler und Pascale Ineichen, stv. Direktorin der IHK, geradlinig, pointiert und humorvoll. Die Schuldenbremse sei zwar ein unverzichtbares und zentrales Element der schweizerischen Finanzpolitik, aber sie betreffe aufgrund der zahlreichen gebundenen Ausgaben nur rund 40 Prozent der Bundesausgaben.

Bei den ungebundenen Ausgaben gebe es einen harten Verteilungskampf: «Da setzt sich durch, wer die Mehrheiten hat.» Das Ziel des

Entlastungspakets sei es, das Kostenwachstum zu dämpfen, aber das Gerangel um Finanzierung sei gerade auch in Bezug auf Subventionen gross: «Wer einmal am Tropf des Bundes hängt, will nicht mehr so leicht davon weg.»

Auf die Frage, wo der Finanzausgleich nicht mehr nur solidarisch wirke, sondern die Eigenverantwortung der Kantone schwäche, betonte die Finanzministerin, dass dieser dem Erhalt des kantonalen Steuerwettbewerbs diene. Allerdings hätten die Disparitäten zwischen den Kantonen stark zugenommen. Es stelle sich deshalb die Frage, was in diesem Zusammenhang der Grundanspruch eines Kantons sein solle. Genau dies würde sie aktuell mit den Kantonen diskutieren, um entsprechende Fehlanreize zu eliminieren.

Angesprochen auf die zunehmende politische Polarisierung im Land meinte die Magistratin, dass der Anstand in der Tonalität der politischen Auseinandersetzung auch aufgrund von Social Media neulich zwar deutlich nachgelassen habe. Früher hätte aber auch kein Schonklima geherrscht. Sie sei überzeugt, dass mittelfristig starke Werte gewinnen. Kompromissfähigkeit und Lösungsfindung über die Parteigrenzen hinweg seien eine grosse Stärke unseres Systems. Sie wünsche sich für die Schweiz, dass wir etwas dankbarer sein sollten für das, was wir an unserem Land haben und auch in Zukunft sorgfältig damit umgehen.



PUBLI-REPORTAGE

MAX HAURI investiert in die Zukunft in Bischofszell

Mit dem Baustart für ein neues, vollautomatisiertes Kleinteilelager setzt MAX HAURI ein klares Zeichen für die Zukunft des Unternehmens und des Standorts Bischofszell. Mit dieser bedeutenden Investition schafft das Unternehmen die Voraussetzungen für eine weiterhin hohe Lieferfähigkeit, moderne Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum.

MAX HAURI AG
CH-9220 Bischofszell
info@maxhauri.ch
www.maxhauri.ch



Seit 1947 ist MAX HAURI in Bischofszell verwurzelt. Aus der von Max Hauri gegründeten Verkaufsstelle für Kleinglühlampen entwickelte sich über die Jahrzehnte ein führender Hersteller, Distributor und Multi Channel Anbieter. Heute umfasst das Sortiment unter anderem Stecker und Steckdosen, Verlängerungskabel, Steckdosenleisten, Kabelrollen, Lichtlösungen und weitere Produkte für die professionelle Elektroinstallation und die moderne Büro- und Möbelelektrifizierung. Das Unternehmen beliefert den Elektro- und Grosshan-

del, den Detailhandel sowie Industriekunden in der ganzen Schweiz und vertreibt seine Produkte zusätzlich über diverse E-Commerce Kanäle.

Mit den eben gestarteten Rückbauarbeiten hat das Bauprojekt sichtbar begonnen. Das neue, vollautomatisierte Kleinteilelager bildet die Grundlage für eine zukunftsorientierte und leistungsfähige Logistik. Diese ermöglicht es, den steigenden Anforderungen an Verfügbarkeit, Liefergeschwindigkeit und Liefertreue auch langfristig gerecht zu werden.

Von der Investition profitieren Kundinnen und Kunden ebenso wie Mitarbeitende, Partner und Lieferanten. Optimierte Prozesse, kürzere interne Wege und ein hoher Automatisierungsgrad steigern die Effizienz und stärken die Lieferfähigkeit. Gleichzeitig entstehen moderne und ergonomische Arbeitsplätze sowie zusätzliche Kapazitäten für das weitere Wachstum des Unternehmens.

Gabriel Hauri, Verwaltungsratspräsident von MAX HAURI, auf dem Areal des künftigen vollautomatisierten Kleinteillagers in Bischofszell.



Mit dem Neubau bekennt sich MAX HAURI klar zum Standort Bischofszell und investiert in die Zukunft des Unternehmens, seiner Mitarbeitenden und seiner Kundschaft. «Wir investieren mit Blick in die Zukunft. Mit dem neuen, vollautomatisierten Kleinteilelager schaffen wir die Voraussetzungen, um unsere Kundinnen und Kunden auch künftig schnell, zuverlässig und mit der hohen Lieferbereitschaft zu bedienen, die sie von MAX HAURI erwarten. Gleichzeitig stärken wir unseren Standort in Bischofszell nachhaltig», sagt Gabriel Hauri, Verwaltungsratspräsident von MAX HAURI.

ÜBER MAX HAURI

MAX HAURI entwickelt, produziert und vertreibt seit 1947 innovative Lösungen für die sichere Verteilung von Strom, Licht und Daten. Mit Sitz in Bischofszell zählt das Unternehmen heute zu den führenden Herstellern und Distributoren der Schweizer Elektrobranche. Das Sortiment umfasst über 8'000 Produkte für Industrie, Elektroinstallation, Detailhandel sowie moderne Büro- und Arbeitswelten.

Ohne Thurgau kein Zopf am Sonntag und auch kein Deal an der Wall Street.

Klingt verrückt? Da ist aber was dran!

Was genau hinter den
einzelnen Geschichten steckt?
finds-raus.ch



WIRTSCHAFT

Ostschweizer Wirtschaft trotz starkem Gegenwind

Die Ostschweizer Unternehmen blicken auf ein turbulentes erstes Halbjahr zurück. Neben der anhaltend schwachen Dynamik in wichtigen Absatzmärkten belasteten der Iran-Krieg und die US-Handelspolitik die Auftragslage. Trotz dieses anspruchsvollen Umfelds zeigt sich die Ostschweizer Wirtschaft einmal mehr widerstandsfähig: Teile der Industrie meldeten zuletzt vorsichtig positive Signale, wenn auch auf tiefem Niveau. Zudem wird die Konjunktur in der Ostschweiz weiterhin von der soliden Binnenwirtschaft gestützt.

von Konjunkturboard Ostschweiz

Die anhaltenden Spannungen im Nahen Osten gehen auch an der Ostschweizer Wirtschaft nicht spurlos vorbei. Neben gestiegenen Preisen für Rohmaterialien und Halbfabrikate belastet insbesondere die anhaltende Unsicherheit die Ostschweizer Industrie. «In Zeiten wie diesen halten sich viele Unternehmen mit Investitionen zurück – mit Folgen für die in der Ostschweiz prominent vertretenen Hersteller von Maschinen und Ausrüstungsgütern», sagt Roman Elbel, Konjunkturrexperte bei der St.Galler Kantonalbank. Die Ostschweizer Industrie zeigt sich in den aktuell turbulenten Zeiten zwar einmal mehr widerstandsfähig. Die Auswirkungen des Iran-Kriegs und der Blockade der Strasse von Hormus sind für die Firmen aus unserer Region aber

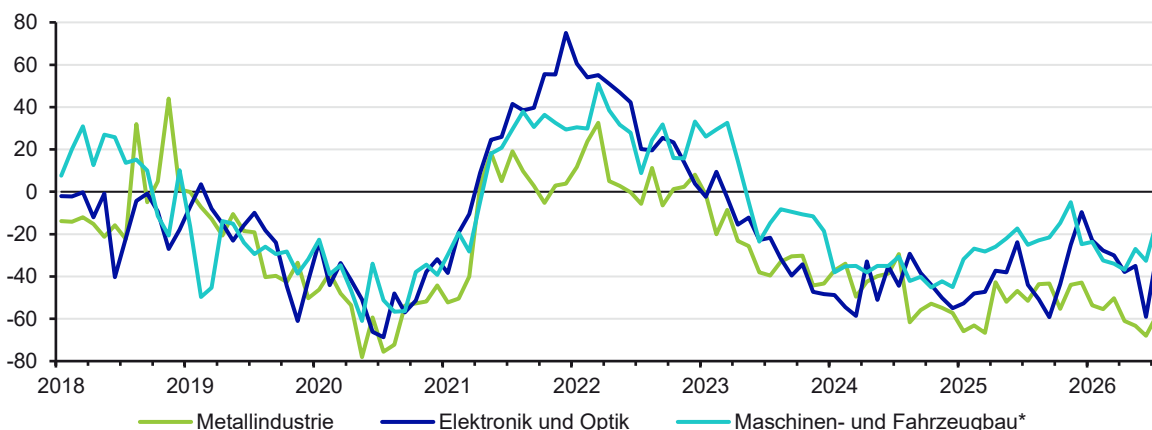
noch nicht ausgestanden. Unternehmen melden häufiger längere Lieferfristen und die unsichere Entwicklung der Beschaffungskosten erschwert die Planbarkeit. Die Industrie- und Grosshandelsunternehmen rechnen zudem vermehrt mit steigenden Einkaufspreisen, welche nur begrenzt an die Kunden weitergegeben werden können.

Wirtschaftliches Umfeld bleibt anspruchsvoll

Neben der Lage im Persischen Golf bleibt auch die Dynamik in den wichtigen Absatzmärkten ein belastender Faktor. Insbesondere in Deutschland bleibt die Lage angespannt. «Die deutsche Industrie hat sich zwar auf tiefem Niveau stabilisiert. Die Anzeichen eines Aufschwungs

Auftragsbestände in der Ostschweizer MEM-Industrie verbessern sich auf tiefem Niveau

Beurteilung des Auftragsbestands, Saldo aus «gross» und «zu klein», saisonbereinigt, Kernregion Ostschweiz



Quellen: Konjunkturboard Ostschweiz, KOF Institut ETH Zürich

konzentrieren sich jedoch stark auf rüstungsnahe Bereiche und sind noch nicht selbsttragend», sagt Roman Elbel, Konjunkturexperte bei der St.Galler Kantonalbank. Auch in der für Ostschweizer Zulieferfirmen wichtigen Automobilindustrie bleibe die Lage angespannt.

Ende Juli gab es erneut Bewegung rund um die US-Handelspolitik, nachdem die bisherigen, temporär geltenden Zölle ausgelaufen waren. «Die seit dem 24. Juli geltenden US-Zölle bewegen sich im erwarteten Bereich», sagt Albert Flak, Research Analyst bei der IHK St.Gallen-Appenzell. Nach den jüngsten Änderungen sind die Zölle auf viele MEM-Produkte sogar leicht gefallen. Nachteilig ist aber der um 2.5 Prozentpunkte höhere Zollsatz gegenüber der Konkurrenz aus der EU. Gleichzeitig bleibt die handelspolitische Unsicherheit weiterhin gross. Dazu Albert Flak: «Aus den laufenden Untersuchungen im Bereich der industriellen Überkapazitäten könnten weitere Zölle resultieren.» Die wiederholten Änderungen im Zoll-Regime verursachen bei Unternehmen zudem einen erheblichen administrativen Aufwand.

Die Auswirkungen des bisherigen US-Zollregimes zeigen sich auch in der Exportstatistik. Die Wareneinfuhren aus der Ostschweiz sind im ersten Halbjahr 2026 im Vergleich zur Vorjahresperiode um 3.6% zurückgegangen. Den grössten Rückgang verzeichneten mit -19.3% die Exporte in die USA. Unter Druck geraten sind unter anderem die Ausfuhren aus der MEM-Industrie.

Vereinzelt positive Signale aus der Industrie

Trotz des anspruchsvollen Umfelds haben sich die Einschätzungen der Industrie im Juli leicht verbessert, wenn auch ausgehend von tiefem Niveau. Insgesamt beurteilt die Branche ihre Geschäftslage nun als knapp befriedigend. Den Umfragen zufolge schätzten insbesondere Unternehmen aus der Elektronik- und Optikbranche sowie dem Maschinen- und Fahrzeugbau ihre Geschäftslage wieder etwas besser ein als noch im Frühling. Vier von zehn Un-

ternehmen melden mehr Bestellungen, ein Drittel Produktionssteigerungen. Diese positiven Signale folgen aber auf eine ausgeprägte, langanhaltende Schwächephase und sind noch mit Vorsicht zu interpretieren. «Das wirtschaftliche Umfeld für die Ostschweizer Industrie bleibt anspruchsvoll», sagt Roman Elbel. «Eine mögliche Erholung – selbst auf tiefem Niveau – muss sich erst noch bestätigen.» So sind die Kapazitätsauslastung und die Auftragsbestände nach wie vor tief. Besonders gross ist die Lücke in der Metallindustrie. In dieser Teilbranche berichtet seit April mehr als die Hälfte der befragten Firmen über zu wenig Aufträge.

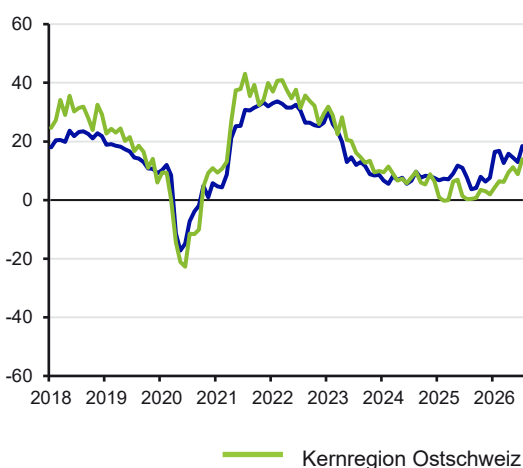
Anhaltend positive Dynamik in binnenorientierten Branchen

Die Ostschweizer Wirtschaft wird weiterhin von der soliden Binnenwirtschaft gestützt. Gemäss den Unternehmensrückmeldungen ist die Geschäftslage sowohl in der Finanz- und Versicherungsbranche als auch im Grosshandel sehr gut. Ebenfalls eindeutig positiv bleibt die Dynamik im Baugewerbe, getragen von den tiefen Zinsen und der anhaltend hohen Nachfrage nach neuem Wohnraum. Der Ostschweizer Detailhandel meldet eine weiterhin befriedigende Geschäftslage und erwartet eine stabile Entwicklung. Die Konsumentenstimmung bleibt jedoch verhalten. Die als gering wahrgenommene Arbeitsplatzsicherheit und die leicht gestiegenen Preiserwartungen führen zu einer höheren Sparquote und drücken auf die Wachstumsdynamik des privaten Konsums. «Das Portemonnaie sitzt nicht mehr ganz so locker», stellt Albert Flak fest. «Trotzdem sorgt der private Konsum weiterhin für positive Wachstumsimpulse.»

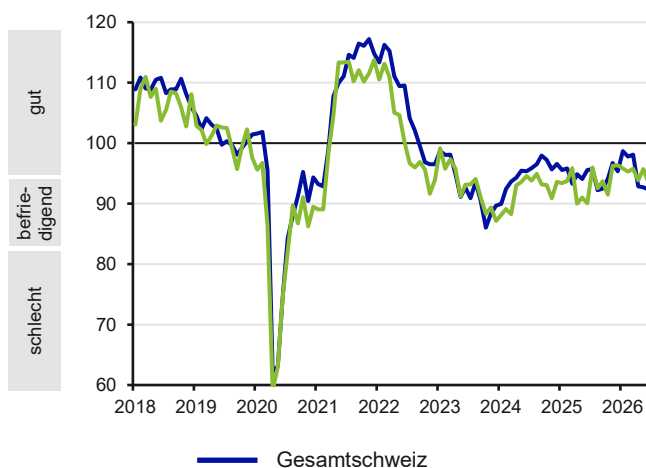
MEHR INFOS ZUM
KONJUNKTURBOARD
OSTSCHWEIZ:



Geschäftslageindikator



Stimmungsbarometer



PUBLI-REPORTAGE

Neue Markt- anforderungen, neue Lösungen

Mit der europäischen Packaging and Packaging Waste Regulation (PPWR) steigt der Druck auf die Verpackungsindustrie, recyclingfähige und material-effiziente Lösungen schneller in industrielle Anwendungen zu überführen.

Model AG
Industriestrasse 30
CH-8570 Weinfelden
+41 71 626 71 11
www.modelgroup.com

MODEL



Gemeinsam haben Model AG, CLARUS Films AG und Paxmatic AG nun eine papierbasierte Alternative für klassische Flow-pack-Anwendungen im Non-Food-Bereich erfolgreich getestet.

Im Zentrum der Entwicklung steht ein heissriegelfähiges Recyclingpapier von Model AG, das speziell für horizontale Schlauchbeutelanwendungen konzipiert wurde. Ziel war es, eine nachhaltige Verpackungslösung bereitzustellen, die bestehende Kunststoffanwendungen substituieren kann.

Das Material wurde gezielt für den industriellen Einsatz ausgelegt. Es verfügt über gute Heissriegeleigenschaften und lässt sich auf bestehenden Verpackungslinien verarbeiten. Laut den bisherigen Tests kann die Verarbeitung mit vergleichbaren Produktionsgeschwindigkeiten wie bei konventionellen Kunststofffolien erfolgen. Typische Einsatzgebiete liegen insbesondere im Non-Food-Segment, etwa bei Spielwaren, Elektrokomponten oder Befestigungsmaterialien.

Für die erfolgreiche Umsetzung der Anwendung spielte CLARUS Films AG als Verarbeitungs- und Konfektionspartner eine zentrale Rolle. Die Maschinentechnologie und Prozessvalidierung erfolgte gemeinsam mit Paxmatic AG. Dabei zeigte sich, dass papierbasierte Materialien zwar andere mechanische Eigenschaften als Kunststoff aufweisen, sich jedoch mit angepassten Formateilen zuverlässig auf bestehenden Anlagen verarbeiten lassen.

Insbesondere bei der Umstellung von Kunststoff auf Papier sind Anpassungen im Maschinenumfeld erforderlich. Papier reagiert weniger flexibel auf enge Umlenkungen und stellt höhere Anforderungen an den Formprozess. In der Praxis genügt jedoch häufig bereits der Austausch der Formschulter, um sowohl Papier- als auch Kunststoffmaterialien auf derselben Maschine verarbeiten zu können.

Die Entwicklung zeigt exemplarisch, wie partnerschaftliche Zusammenarbeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette Innovationen beschleunigen kann: vom Materialhersteller über die Konfektionierung bis hin zur Verpackungsmaschine. Gleichzeitig unterstreicht das Projekt, dass recyclingfähige Papierlösungen zunehmend das Potenzial besitzen, etablierte Kunststoffanwendungen in industriellen Verpackungsprozessen zu ersetzen.



DIE MODEL AG

Die Model AG stellt in fünfter Generation Verpackungen aus Wellpappe her – einem der nachhaltigsten Materialien überhaupt.

Vom Stammwerk in Weinfelden hat sich das Unternehmen mit rund 4300 Mitarbeitenden auf Standorte in der Schweiz, Tschechien, Polen, Kroatien und Deutschland ausgeweitet.

Dank eigener Altpapiererfassung und Logistik schliesst Model die Wertschöpfungskette vollständig.

WIRTSCHAFT

Thurgauer Konjunktur gewinnt leicht an Dynamik

Die Thurgauer Wirtschaft zeigt sich im Spätsommer 2026 etwas stärker als noch zu Jahresbeginn. Die Konjunktur hat zuletzt wieder etwas Fahrt aufgenommen, die Geschäftslage hat sich verbreitert aufgehellt.

von Thurgauer Wirtschaftsbarometer



In der Thurgauer Industrie geht es leicht aufwärts. Im Juli meldeten 28 Prozent der Betriebe eine gute, 17 Prozent eine schlechte Geschäftslage. Trotz der Besserung sind die Auftragsbücher weiterhin ungenügend gefüllt. Für die kommenden Monate rechnen die Unternehmen mit etwas höheren Bestellungen und leicht anziehenden Exporten. Die Zukunftserwartungen sind verhalten zuversichtlich. Die Thurgauer Bauwirtschaft läuft auf vollen Touren. Die Baubetriebe erwarten eine weitere Belebung der Bautätigkeit und der Nachfrage und wollen den Personalbestand aufstocken. Der Preisauftrieb dürfte anhalten. Besonders

das Ausbaugewerbe blickt zuversichtlich voraus. Im Thurgauer Detailhandel bleibt die Geschäftslage befriedigend. Die Branche blickt weniger optimistisch voraus als Industrie und Bau, rechnet bis Ende Jahr aber mit einer etwas günstigeren Geschäftslage.

Tourismus legt zu, Arbeitsmarkt bleibt stabil

Positive Signale kommen aus dem Tourismus: Die Thurgauer Hotellerie ist gut in die Sommersaison gestartet. Im zweiten Quartal stiegen die Logiernächte gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent. Am Arbeitsmarkt bleibt die Lage insgesamt stabil. Im Juli lag die Arbeitslosenquote bei 2,2 Prozent und damit leicht unter dem Vorjahresstand. Im Oberthurgau hat sich die Lage allerdings eingetrübt; in der Stadt Arbon stieg die Quote auf 4,6 Prozent. Zum vorsichtig positiven Bild passt der neue Ostschweizer Beschäftigungsindikator. Er liegt im dritten Quartal 2026 bei 98,1 Punkten. Seit Ende 2025 hat sich die Beschäftigungsdynamik merklich verbessert, bleibt aber knapp unter dem langfristigen Durchschnitt. Die Unternehmen bleiben bei Neueinstellungen eher zurückhaltend. Überdurchschnittliche Beschäftigungssignale kommen aus Grosshandel, Baugewerbe, Gastgewerbe und Industrie. Damit verdichten sich die Hinweise auf eine Normalisierung, ohne dass bereits von einem breiten Aufschwung die Rede ist.

Aussenhandel bleibt unter Druck

Unter Druck bleibt der Thurgauer Aussenhandel. Zwar stiegen die Exporte im ersten Halbjahr insgesamt um 9 Prozent, getragen von Mehrausfuhren bei Fahrzeugen. Ohne die Fahrzeugbranche wären sie jedoch um 9 Prozent gesunken. Besonders bei Maschinen läuft der Auslandsabsatz nach wie vor harzig. Insgesamt gewinnt die Thurgauer Konjunktur an Dynamik – der Aufschwung bleibt jedoch moderat.

WEITERE INFOS

Das Thurgauer Wirtschaftsbarometer erscheint in frischer Aufmachung und neu rein digital. Neben der Einschätzung der konjunkturellen Lage finden Sie neu laufend aktuelle Wirtschaftsnews:

www.wirtschaftsbarometer.tg.ch



IHK

Serto verbindet, was sicher fließen muss



Rohrverbindungstechnik ist die Kernkompetenz von Serto. Das Unternehmen entwickelte ein einzigartiges Rohrverbindungs-System. Überall dort, wo Flüssigkeiten, Gase und andere Medien sicher durch Rohre geleitet werden müssen, bietet das Unternehmen kundenspezifische Lösungen, die höchsten technischen Anforderungen entsprechen. Nachgefragt werden sie von B2B-Kunden aus unterschiedlichsten Branchen.

von Pascale Ineichen



CEO Bernd
Fritsche.

Serto stellt Rohrverbindungen für Rohrelemente, Ventile, Schläuche oder Zubehör her. Traditionelle Rohrverbindungen sind ineinandergesteckt. Im Gegensatz dazu besteht die Innovation von Serto darin, dass die Abdichtung vom Klemmring zur Verschraubung eine ebene Fläche aufweist. Somit kann ein radiales Verbindungsstück zwischen Leitungen einfach entfernt, gewartet und wieder eingesetzt werden, ohne dass Rohre demontiert und auseinandergetrennt werden müssen. Dies spart Platz, Zeit und Kosten.

Hidden Champion aus dem Thurgau

Mit dieser weltweit einzigartigen Lösung operiert das Unternehmen in einer Nische: «Wenn uns ein Kunde sagt, ich habe eine Maschine, eine Anlage oder einen Motor, durch die ich

Flüssigkeit, Gas oder andere Medien absolut sicher und dicht durchleiten muss, entwickeln wir mit unserem Ingenieur-Team entsprechende Lösungen», erläutert Bernhard Fritsche, seit gut drei Monaten neuer CEO von Serto. Solche Systeme müssen oft hohe Anforderungen erfüllen, beispielsweise wenn in der Leistungselektronik für Chiphersteller, Data- oder Rechenzentren Kühlsysteme nötig sind. Abnehmer sind Kunden verschiedenster Branchen – so auch im Transport: In Zügen beispielsweise sind Serto-Produkte und -technologien in so vielfältigen Anwendungen wie Nasszellen, der Pneumatik, in Bremsleitungen, Schmier-, Dosier- oder Prozessleitungen sowie in Batteriekühlungen zu finden. Ebenso stattet Serto Schiffe aus, wo es besonders wichtig ist, dass die Materialien bei rauer See Korrosion und Ermüdung trotzen.

Neben solch individualisierten High-End-Lösungen bietet die Serto Group mit ihren beiden Marken auch DIN-Standardverbindungen an. Alle Standardprodukte können von den Kunden einfach und schnell über den Webshop bestellt werden.

Zunehmende Internationalisierung

Die Wurzeln des Unternehmens reichen bis 1923 zurück. Die radiale Rohrverbindung wurde 1952 entwickelt. Hauptinvestor des KMU ist die gemeinnützige Ernst Göhner Stiftung – EGS, welche langfristig in skalierbare Schweizer Unternehmen investiert und die Basis für die strategische Weiterentwicklung des Unternehmens schafft. Ursprünglich fokussierte sich die Serto auf die DACH-Region, wobei die Schweiz und Deutschland auch heute noch die Hauptabsatzmärkte darstellen. Traditionell erfolgte die Kundenakquise über ein regionales Vertriebsteam. Über die Jahre ist Serto so gemeinsam mit den Kunden gewachsen. Mit aktu-



Varianten von
Rohrverbindungen
von Serto.

ell 340 Mitarbeitenden bedient das Unternehmen weltweit 5000 Kunden und macht gut 80 Millionen Franken Umsatz. Serto verfügt über sieben Standorte und Vertriebsgesellschaften in Europa und in Asien und über Distributionspartner in weiteren 27 Ländern. Produziert wird in der Schweiz, in Tschechien und in Italien. Im vergangenen Jahr erfolgte zudem der Markteintritt in Indien. «Die Internationalisierung weiter voranzutreiben ist eines jener Ziele, welche ich mir bei Übernahme der Firmenleitung gesetzt habe», erläutert CEO Fritsche.

Zeitgemässer Firmenstandort Frauenfeld

2014 ist Serto in das neue Firmengebäude in Frauenfeld gezogen. Die individuellen Kundenlösungen werden ausschliesslich im Thurgau produziert. Dabei ist das Know-how der Mitarbeitenden in der Fertigung vor Ort entscheidend: Beispielsweise müssen die Rohre jeweils nach Kundenwunsch gebogen werden. Alle Teile werden einer Qualitätskontrolle unterzogen: So wird überprüft, ob der Durchfluss des Mediums und die Festigkeit konstant bleiben. In Zukunft wird die Serto weitere Automatisierungsprozesse evaluieren und KI für schnellere Prozesse nutzen. «Wir stecken mitten in der Veränderung der Digitalisierung und der neuen Prozesse», meint Fritsche.

Für Serto ist das neue Firmengebäude auch ein Beitrag zur Nachhaltigkeit: Es entspricht den heutigen energetischen Anforderungen und verfügt über eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach. Geheizt wird mit der Energie aus dem Grundwasser. Die Fahrzeugflotte ist elektrisch. Und auch mit der Optimierung von Produktions-Materialien (z.B. Vermeidung von PFAS) oder Lieferwegen bemüht sich das Unternehmen, den ökologischen Fussabdruck laufend zu reduzieren.

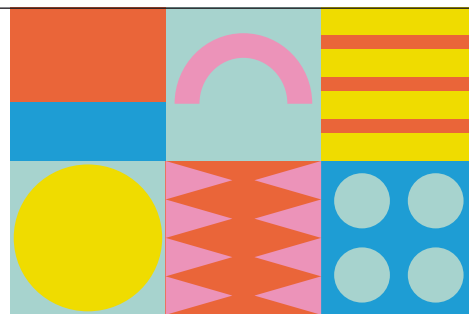
Respektvolle Unternehmenskultur

Auffallend bei Serto ist der freundliche Umgang unter den vielfach langjährigen Mitarbeitenden. Ein zentrales Element der Kultur sei der offene Umgang mit Fehlern: Fehler werden kommuniziert, damit gemeinsam Lösungen für bestehende Probleme entwickelt werden können. Verschiedene Massnahmen unterstützen die interne Kommunikation: So sind wichtige Informationen wie beispielsweise neue Kundenakquisen überall dort, wo für die Mitarbeitenden kein direkter Zugang zum Computer besteht, auf grossen Bildschirmen sichtbar. Es finden zudem regelmässig Town Hall Meetings statt, wobei sich die Frauenfelder Belegschaft vor Ort trifft und die Mitarbeitenden aus den anderen Ländern online zugeschaltet werden. «Mir ist es wichtig, dass wir transparent kommunizieren, Erfolge feiern und alle Mitarbeitenden sehen, was ihr Beitrag zum grossen Ganzen ist», betont Fritsche. Gefragt nach den Zukunftsplänen meint der CEO: «Ein Unternehmen der Grösse von Serto hat einen grossen Gestaltungsspielraum: Auf der bisherigen Erfolgsgeschichte wollen wir stabil aufbauen. Wir müssen uns aber auch noch besser den rasch ändernden Rahmenbedingungen anpassen, zusätzliche Fähigkeiten entwickeln und neue Märkte erschliessen.»

Rohre werden an
der Maschine
präzise gebogen.



Web, Druck & Kommunikation – mit Herz für deine Marke



Bist du auf der Suche nach einem vielseitigen Mediendienstleister für nachhaltige Kommunikation und intelligente Lösungen? Kreatives Knowhow, Produktivität und soziale Verantwortung sind bei uns unter einem Dach vereint – für einzigartige Produkte, die verbinden und bewegen.

Als inklusiver Ausbildungsbetrieb bieten wir Jugendlichen über 50 Ausbildungsplätze in neun Berufen und ermöglichen ihnen so den Start ins Berufsleben. Auch Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt nicht tätig sein können, finden bei uns eine sinnvolle Beschäftigung im geschützten Rahmen.

**BRÜGGLI
ADMEDIA**

BRÜGGLI ADMEDIA AG
Hofstrasse 3, 8590 Romanshorn, T +41 71 531 60 00
team@brueggli-admedia.ch, brueggli-admedia.ch

Mehr Infos
auf unserer
Webseite:



Komplexe Fragen. Klare Antworten.

Treuhand, Steuern, Revision,
Recht, HR und Informatik –
alles aus einer Hand.
obt.ch/weinfeldern

OBT



RUBRIK

I+D Campus begleitet Unternehmen bei der Innovation

FOLGEN SIE DEM
I+D CAMPUS AUF LINKEDIN:



Digitalisierung und Künstliche Intelligenz stehen auf jeder Traktandenliste. Zwischen Absicht und erster Anwendung, die im Alltag etwas bringt, liegt Arbeit. Hier setzt der I+D Campus in Kreuzlingen an: mit Projektbegleitung, einem Expertennetzwerk im Hintergrund und KI-Workshops nach Wissensstand.

von Meinrad Koch, Geschäftsführer I+D Campus



Viele Gespräche starten nicht mit einem Auftrag, sondern mit einer Beobachtung: Da liegt Potenzial, aber wo anfangen? Am Anfang steht eine Auslegeordnung. Über Vorgehen, Aufwand und Kosten wird geredet, sobald klar ist, worum es geht.

Begleitung statt Konzeptpapier

Dann kommt das Netzwerk. Im House of Competence bündelt der Campus Fachleute aus Praxis und Beratung, von der Analyse von Prozessen und KI-Potenzial über das Coaching von Mitarbeitenden bis zur Geschäftsmodellinnovation. Zugezogen wird, wer zum Vorhaben passt, keine Lösung ab Stange. Das Prinzip: aus der Wirtschaft, für die Wirtschaft. Die meisten haben selbst geführt, investiert und Fehler gemacht.

Geht eine Frage tiefer, führt der Weg in die Forschung. Mit dem Thurgauer Institut für Digitale Transformation sind angewandte Forschungsprojekte möglich. Erste Vorhaben mit Thurgauer KMU sind angelaufen.

Workshops, abgestuft nach Bedarf

Der Stand beim Thema KI ist verschieden. Entsprechend abgestuft sind die Workshops: Die einen beginnen bei den Grundlagen, andere klären Datenschutz und Spielregeln im Team, wieder andere einen Anwendungsfall. Den Einstieg bildet die «KI-Startrampe», entwickelt mit Fachleuten aus dem House of Competence: zwei Halbtage und eine Potenzialanalyse für KMU, Gemeinden und Städte, ohne Vorkenntnisse.

Vieles entsteht ohnehin nebenbei: an einem Anlass, im Gespräch mit jemandem, der das Problem kennt. Der Campus bringt Unternehmen, Startups, Hochschulen und Verwaltung zusammen. Wer regelmässig dabei sein will, wird Community-Mitglied, mietet Eventräume oder einen Co-working-Platz. Angebote: id-campus.ch.

«Wir sind mitten im Aufbau – mit einem klaren Ziel: das Kompetenzzentrum für Innovation und Digitalisierung in der Region zu werden. Kein Ort, der belehrt, sondern einer, wo Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung gemeinsam an konkreten Fragen arbeiten», sagt Meinrad Koch, Geschäftsführer des I+D Campus.

Der I+D Campus an der Hauptstrasse 21a in Kreuzlingen steht Unternehmerinnen und Unternehmern offen, für ein konkretes Projekt ebenso wie für eine Frage, die noch keine Form hat.

MEHR INFOS UNTER:



ZURÜCK ZUR GESUNDHEIT AUF HÖCHSTEM NIVEAU



SWISS
REHA

THE SWISS
LEADING
HOSPITALS
Best in class.

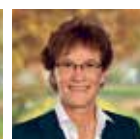
Die Klinik Schloss Mammern ist die führende Rehabilitation am Bodensee, welche neu unter anderem auch eine Reha speziell für die Bedürfnisse von Brustkrebspatientinnen anbietet und mit dem exklusiven Privé Top Bereich die Rehabilitation auf ein neues Level hebt. Die einzigartige Kombination aus stilvollem Ambiente und medizinischer, therapeutischer sowie pflegerischer Exzellenz hat ein erklärtes Ziel: Zurück zur Gesundheit. Der Schlüssel dazu ist eine interdisziplinäre Expertise sowie das hohe Leistungs- und Betreuungsniveau der qualifizierten Fachkräfte. Modernste Infrastruktur, eine sternewürdige Gastronomie, erstklassige Hotellerie und die Tatsache, dass hier das Zwischenmenschliche im Zentrum steht, machen die Rehabilitation so angenehm wie möglich.

Erfahren Sie mehr über das umfangreiche Reha-Angebot:
www.klinik-schloss-mammern.ch

*« Für uns resultiert Genesung
aus der Gesamtheit
aller wohltuenden Einflüsse. »*



Chefarzt
PD Dr. med.
Holger Hass



Senior
Consultant
Dr. med.
Annemarie
Fleisch Marx



Senior
Consultant
Dr. med.
Ruth
Fleisch-Silvestri



KLINIK SCHLOSS MAMMERN
ZURÜCK ZUR GESUNDHEIT

Klinik Schloss Mammern
Dr. A. O. Fleisch-Strasse 3, CH-8265 Mammern
Tel. +41 52 742 11 11
mail@klinik-schloss-mammern.ch

BILDUNG

Tiefere Grundkompetenzen gefährden die Ausbildungsbereitschaft

Gut ausgebildete Fachkräfte und die duale Berufsbildung sind zentral für den Wohlstand der Schweiz. Ausbildungsbetriebe leisten dazu einen entscheidenden Beitrag. Voraussetzung sind solide Grundkompetenzen der Jugendlichen – doch genau diese geraten zunehmend unter Druck.

von Nicole Meier / Die Arbeitgeber



Eine gemeinsame Umfrage von economiesuisse, dem Schweizerischen Gewerbeverband (sgv) und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV) unter rund 2'900 Ausbildungsverantwortlichen zeigt: Viele Unternehmen beobachten bei ihren Lernenden erhebliche Defizite in den Grundkompetenzen. Besonders kritisch beurteilt werden die Schreibkompetenzen und zentrale mathematische Fähigkeiten. Zahlreiche Betriebe stellen seit fünf bis zehn Jahren eine kontinuierliche Verschlechterung fest.

Die Folgen sind konkret: Die Rekrutierung geeigneter Lernender wird schwieriger, der Betreuungsaufwand steigt und zusätzliche Fördermassnahmen verursachen Kosten. Rund drei Viertel der Unternehmen unterstützen Lernende bereits mit internen oder externen Massnahmen, um bestehende Lücken zu schliessen.

Die Schule muss vermitteln, was die Lehre voraussetzt

Die Unternehmen übernehmen Verantwortung und investieren erhebliche Ressourcen in die Förderung ihrer Lernenden. Dennoch bleibt die Vermittlung von Grundkompetenzen primär Aufgabe der obligatorischen Schule. Je grösser die Lücken beim Eintritt in die Lehre sind, desto mehr müssen Unternehmen investieren, um diese zu schliessen.

Gefahr für das Lehrstellenangebot

Besorgniserregend sind die Folgen für die Ausbildungsbereitschaft. Jedes fünfte Unternehmen gibt an, aufgrund sinkender Grundkompetenzen und des Mehraufwands künftig weniger Lernende rekrutieren zu wollen. Viele Betriebe erwägen zudem, ihre Selektionskriterien zu verschärfen oder Lehrstellen unbesetzt zu lassen. Besonders für KMU sind zusätzliche Betreuung und Förderung eine zeitliche und personelle Belastung.

Sinkende Grundkompetenzen sind damit nicht nur ein bildungspolitisches Problem. Sie gefährden zunehmend die duale Berufsbildung, die Fachkräftesicherung und damit den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Keine Kompromisse bei den Grundkompetenzen

Aus Sicht der Wirtschaft braucht es eine konsequente Stärkung der Grundkompetenzen. Lesen, Schreiben und Mathematik müssen in der Volksschule wieder stärker ins Zentrum rücken. Gleichzeitig braucht es eine vertiefte Ursachenanalyse und ein Bildungsmonitoring, das Entwicklungen transparent macht und gezielte Verbesserungen ermöglicht.

Werden Kompetenzlücken bereits während der obligatorischen Schulzeit geschlossen, stärkt dies die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe. Solide Grundkompetenzen am Ende der Volksschule bleiben die Voraussetzung für eine starke duale Berufsbildung und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

MEHR INFOS

Mehr Infos zum Thema finden Sie in der Publikation «Abnehmen der Grundkompetenzen nach der Volksschule: Eine Herausforderung für Berufsbildung und Wirtschaft»



PUBLI-REPORTAGE

Einfach gut beraten

Seit über 75 Jahren begleitet Provida Unternehmen und Privatpersonen als verlässlicher Partner in finanziellen, rechtlichen und unternehmerischen Fragestellungen – persönlich, professionell und regional verankert in der Ostschweiz.

Provida Treuhand / Wirtschaftsprüfung / Consulting AG
+41 71 466 71 71
info@provida.ch
www.provida.ch

PROVIDA
■ ■ ■ ■

Provida zählt zu den etablierten Anbietern für Treuhand, Steuer- und Rechtsberatung, Unternehmensberatung und Wirtschaftsprüfung. An fünf Standorten arbeiten interdisziplinäre Teams daran, für Unternehmen wie Privatpersonen Lösungen zu entwickeln, die den individuellen Anforderungen entsprechen. Die Kombination aus langjähriger Erfahrung, breitem Fachwissen und lokaler Verankerung macht Provida zu einem vertrauenswürdigen Partner für anspruchsvolle Situationen und nachhaltige Entscheidungen.



Treuhand und Buchhaltung

Die Anforderungen an KMU im administrativen Bereich wachsen stetig. Das Treuhandangebot umfasst Finanz- und Lohnbuchhaltungen, Jahresabschlüsse sowie administrative Unterstützung. Die Expertinnen und Experten sorgen dafür, dass Unternehmen den Fokus auf ihr Kerngeschäft richten können, während gleichzeitig eine verlässliche finanzielle Grundlage gewährleistet ist. Durch die persönliche Beratung entstehen Lösungen, die den individuellen Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden entsprechen.

Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung

Provida begleitet Kundinnen und Kunden durch alle steuerlichen Fragestellungen – von der vorausschauenden Steuerplanung über die Unterstützung bei Nachfolgeregelungen bis hin zu internationalen Steuerthemen.

Als zugelassene Revisionsstelle führt das Unternehmen unabhängige Prüfungen durch – sowohl für Unternehmen als auch für öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Städte, Gemeinden und Schulgemeinden. Diese schaffen Transparenz und Vertrauen für sämtliche Anspruchsgruppen. Die geprüften Abschlüsse liefern Orientierung und sind eine wichtige Basis für strategische Entscheidungen.

Neues Schweizer Transparenzregister ab 1. Oktober 2026

Ab 1. Oktober 2026 führt die Schweiz ein nicht öffentliches Register der wirtschaftlich berechtigten Personen ein. Für viele Gesellschaften gelten dadurch neue Meldepflichten. Provida unterstützt bei der Bestimmung der wirtschaftlich berechtigten Personen und übernimmt die elektronische Meldung.

MEHR ÜBER PROVIDA

Erfahren Sie unter [provida.ch](https://www.provida.ch) –
oder lassen Sie sich persönlich beraten.



BILDUNG

MakerSpace: Beste Vorbe- reitung auf die Berufswelt

Immer mehr Thurgauer Schulen richten einen sogenannten «MakerSpace» ein, ideal, um berufsrelevante Kompetenzen zu fördern. Gerade für den Thurgau als KMU-Kanton bietet das ideale Chancen. Die Pädagogische Hochschule Thurgau nimmt bei Making und MakerSpace eine führende Rolle ein.

von Thomas Merz,
Prorektor Pädagogische Hochschule Thurgau

«Welche Fähigkeiten brauchen Schülerinnen und Schüler in ihrer Berufslaufbahn?» Diese Frage beschäftigt die PHTG zentral. Seit gut 10 Jahren verfolgt sie daher in Forschung, Entwicklung und Lehre die Konzeption und Nutzung von so genannten MakerSpaces und begleitete zusammen mit der Fachhochschule OST bereits zahlreiche Schulen bei deren Einrichtung. Für Thurgauer Industrie und Gewerbe, dabei besonders für Lehrbetriebe, bietet das grosse Chancen.

MakerSpace – ein analog/digitaler Werkraum

Digitalisierung verändert die Berufs- und Lebenswelt rasant. Geschäftsmodelle, die teilweise Jahrhunderte funktionierten, werden plötzlich obsolet. Internet und Künstliche Intelligenz verändern Industrie und Gewerbe. Sie bringen neue Herausforderungen, aber auch Chancen mit sich. Auf den ersten Blick ist ein MakerSpace ein digitaler Werkraum. Da stehen Holz- und Metallbearbeitungswerkzeuge, Schraubenzieher genauso wie Lötkolben oder allerlei Materialien vom Stoff bis zum Karton. Typisch für den MakerSpace sind dazu digitale Tools vom 3D-Drucker über eine programmierbare Stickmaschine bis zum Laser-

cutter oder Plotter. Schülerinnen und Schüler lernen hier neueste Technologien für digitale Fabrikation kennen, nutzen sie, spielen und experimentieren und erwerben dabei Kompetenzen, die sie in ihrer Berufs- und Lebenswelt nutzen können.



Zuverlässigkeit und Genauigkeit, Sorgfalt, Ausdauer, Kreativität... alles Fähigkeiten, die in einem MakerSpace gefördert werden können.

Making – ein zukunftsgerichtetes Lernkonzept

Hinter einem MakerSpace steht für die PHTG aber noch viel mehr. Making soll ganz grundsätzlich Zukunftskompetenzen fördern. Kinder tauschen sich aus, lösen gemeinsam Probleme, lernen aus Fehlern und Rückschlägen, brauchen Kreativität und Ausdauer, Sorgfalt und Genauigkeit. Ganz grundsätzlich bieten MakerSpaces ideale Lernräume, um Schülerinnen und Schüler fit zu machen für eine sich rasch verändernde Lebenswelt mit immer neuen Herausforderungen. All das waren für die PHTG Gründe, MakerSpaces zu entwickeln und die Umsetzung in den Schulen zu fördern – und damit in der Lehrerinnen/Lehrerbildung eine Vorreiterrolle einzunehmen. Ab Ende Jahr startet sie zudem in Zusammenarbeit mit dem I+D Campus mit mobilen MakerSpaces ein neues, vielversprechendes Projekt.

MEHR INFOS
ZUM MAKERSPACE:



IHK THURGAU

Agenda Herbst 2026

- IHK Highlights
- Schulungen
- Partneranlässe

SEPTEMBER

17
SEPT

Exportseminar: Passar 2.0 (Einfuhr)

IHK Thurgau, Weinfelden

17
SEPT

Technologieforum: Zukunftsbilder & Innovation

IHK Thurgau, Weinfelden

18
SEPT

Berufsbildungsforum 2026

Raumwerke AG, Hauptstrasse 68,
8552 Felben-Wellhausen

25
SEPT

Die Höhle der Thurgauer Löwen 2026

Kongresszentrum Thurgauerhof, Weinfelden

OKTOBER

01
OKT

Weiterbildung für Ermächtigte Ausführer

IHK Thurgau, Weinfelden

22
OKT

Oberthurgauer Wirtschaftsmeeting

Romanshorn

NOVEMBER

05
NOV

Generative KI und Innovationsprozesse

Macardo Swiss Distillery GmbH,
Amlikon-Bissegg

23
NOV

Tag der Lernenden

Kongresszentrum Thurgauerhof, Weinfelden

ERGÄNZENDE INFORMATIONEN

Die IHK Thurgau organisiert in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern spannende Anlässe, bei denen nicht nur relevante Themen im Fokus



stehen, sondern auch der persönliche Austausch. Tragen Sie die Termine schon heute in Ihre Agenda ein oder abonnieren Sie unsere Highlights mit dem QR-Code.



gedruckt in der
schweiz

IMPRESSUM Fokus IHK – 23. Jahrgang / Nr. 3 / 2026. Das Magazin der Industrie- und Handelskammer Thurgau. Thomas-Bornhauser-Strasse 14, 8570 Weinfelden.
ERSCHEINUNGSWEISE Viermal jährlich **REDAKTION** Jérôme Müggler, info@ihk-thurgau.ch, T 071 622 19 19. **ADRESSÄNDERUNGEN** info@ihk-thurgau.ch.
VERLAG MetroComm AG, Schmidstrasse 9, 8570 Weinfelden, Tel. 071 272 80 50, www.metrocomm.ch, info@metrocomm.ch. **VERLAGSLEITUNG** Natal Schnetzer, nschnetzer@metrocomm.ch. **PR-REDAKTION** Dr. Stephan Ziegler, sziegler@metrocomm.ch. **ANZEIGENMARKETING** Renate Bachschmied, renate.bachschmied@metrocomm.ch. **MEDIADATEN** Siehe Mediadokumentation 2026. **LAYOUT** Bea Lang, blang@metrocomm.ch. **KONZEPT** Annina Hahn – Grafisches Atelier. **PRODUKTION** Brüggl Medien, 8590 Romanshorn. **TITELBILD** Adobe Stock.



DER NEUE BMW iX3

BIS ZU 805 KM REICHWEITE.



Freude am Fahren



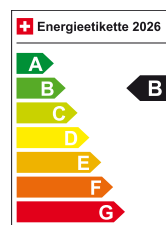
1. Platz Fachjury

**Schweizer Auto
des Jahres 2026**

Bickel Auto AG

Frauenfeld | Weinfelden

BMW iX3 50 xDrive, 16,3 kWh/100 km, 0 g CO₂/km, Kat. B. Reichweite nach WLTP.



Jetzt digital
zusammenarbeiten



Smart zusammenarbeiten im Unternehmen

Effizienter arbeiten, Teams besser vernetzen und Prozesse nachhaltig optimieren.

Das Bildungszentrum für Wirtschaft Weinfelden begleitet Unternehmen mit individuellen Firmenkursen und einem vielseitigen Angebot rund um digitale Zusammenarbeit, KI und Automatisierung. Praxisnahe Beratung bringt Ihre Vorhaben sicher und wirksam in die Umsetzung.

Tel. 058 345 75 75 oder weiterkommen.ch.